

Äthiopien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zu Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17
Diversität in den Sicherheitskräften	18

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	29
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant für Äthiopien, Russland bis heute ein wichtiger Lieferant. Darüber hinaus hat Äthiopien die militärische Kooperation mit China intensiviert. Die deutschen Rüstungsexporte nach Äthiopien sind hingegen marginal. Lieferungen umfassen vorrangig Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung sowie Geländewagen mit Sonderschutz für Botschaftspersonal.

Zwar verfügt Äthiopien über eine lokale Rüstungsindustrie, die unter anderem Munition für Artillerie, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt und sogar über eine Produktionslinie für Drohnen verfügt. Dennoch importiert Äthiopien den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Seit einigen Jahren wird das Ziel verfolgt, diese Importabhängigkeit zu verringern.

Die Streitkräfte Äthiopiens gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Das äthiopische Militär besteht aus Heer und Luftwaffe. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden.

Klassische Aufgaben des Militärs sind der Schutz der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in seiner Verantwortlichkeit. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch, 1974 kam es zum Putsch und der *Derg* (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die Strukturen waren durch die engen Verbindungen zur ehemaligen Sowjetunion stark sozialistisch geprägt. Politik und Gesellschaft militarisierten sich zunehmend und die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Nach dem Sturz des *Derg*-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. Das Verteidigungsministerium, einige Teilstreitkräfte und Sondertruppen unterstanden lange Zeit Offizier:innen, die bis 1994 der Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) angehörten, sowie Offizier:innen des Amhara National Democratic Movement (ANDM) – beides Parteien, die die EPRDF dominierten. Dies ist heute jedoch nicht mehr der Fall.

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen, dennoch besteht grundsätzlich ein nationaler Stolz bzgl. des Militärs. Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und die lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den gesamten Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten (seit 2018: „Friedensministerium“). In allen 13 Regionen sowie regionsunabhängigen Städten des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (beispielsweise der Bundespolizei/dem Militär) aber nicht immer koordiniert oder abgestimmt ist.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten oder hat sie lediglich unterschrieben, nicht aber ratifiziert. Dem Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963), dem Übereinkommen über Streumunition (2010), dem 2014 international verabschiedeten Waffenhandelsabkommen (ATT) und dem Atomwaffenverbotsvertrag ist das Land bisher nicht beigetreten.

Die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte, faktisch sind diese jedoch stark eingeschränkt. Auffallend sind insbesondere die Unterdrückung der Meinungs- sowie die Einschränkung der Pressefreiheit. Im Jahr 2013 war Äthiopien nach Eritrea das Land mit der höchsten Anzahl an inhaftierten Journalist:innen auf dem afrikanischen Kontinent. Seit 2018 wurden diese jedoch freigelassen und können unter der neuen Regierung frei und ungestört arbeiten.

Zu den großen internen Konflikten gehören die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung im Jahr 2011 als terroristische Organisationen eingestuft wurden. Unter Premierminister Abiy Ahmed setzte ein Versöhnungsprozess ein und u. a. die OLF und die ONLF wurden wieder von der Liste terroristischer Organisationen genommen. Die OLF wurde mittlerweile formell aufgelöst und in eine politische Partei umgewandelt – einigen Mitgliedern wurde eine Generalamnestie gewährt. Splittergruppen agieren jedoch nach wie vor, vor allem im Süd-Westen des Landes. Zudem fürchtet Äthiopien aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamist:innen in Somalia ein Übergreifen des Terrors auf das eigene Land. Dabei ging die Angst des Staates vor Terrorismus zeitweise mit einer Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produzierte. Mittlerweile hat sich diese Befürchtung jedoch normalisiert; derzeit besteht fast die Hälfte des Kabinetts aus muslimischen Personen.

Zudem bestand seit 2020 ein Bürgerkrieg mit der Regionalregierung von Tigray bzw. ihrer Milizen sowie weiteren Beteiligten. Dieser Konflikt entwickelte sich im Zuge des von Premierminister Abiy Ahmed angestoßenen politischen Reformprozess und der Auflösung der ehemaligen Einheitspartei EPRDF. Drei der vier im Bündnis beteiligten Parteien mit Ausnahme der TPLF folgten Premier Abiy Ahmed in die neu gegründete Wohlstandspartei, was erstere, nach Jahren der politischen Dominanz ins politische Abseits stellte. Die TPLF hielt daher eigenmächtig lokale Wahlen in der Region ab, die die TPLF haushoch gewann. Diese wurde von der Zentralregierung jedoch für illegal erklärt. Als es Anfang November zu Angriffen auf Armeeposten der äthiopischen Streitkräfte kam, wurde die Region unter einen sechsmonatigen Ausnahmezustand gestellt, die Regionalregierung von Tigray für aufgelöst erklärt und weitere Truppen in die Region entsandt. Über das Jahr 2020 entwickelten sich heftige Gefechte zwischen den regionalen Streitkräften und Polizeikräften Tigrays und den nationalen Streitkräften Äthiopiens. Letztere erhielten Unterstützung von den Streitkräften des benachbarten Eritrea. 2020 befand sich die Region Tigray quasi im Belagerungszustand, was gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Lage in der Region hatte. Am 28. Juni 2021 gelang es den TPLF-Kämpfer:innen die im vormals durch das äthiopische Militär kontrollierte regionale Hauptstadt Mek'ele zurückzuerobern und eine Offensive auf die Hauptstadt Addis Abeba zu starten. An dieser Offensive beteiligte sich auch die Oromo Liberation Army (OLA). Insgesamt kamen im Zuge des Konfliktes allein im Jahr 2021 ca. 100.000 Menschen ums Leben – allein durch direkte Kampfhandlungen. Insgesamt gehen Schätzungen von 300.000 – 600.000 Toten aus. Im November 2022 wurde ein Waffenstillstand sowie kurz danach ein Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien verkündet.

Weitere Konfliktpotentiale stellen die häufigen Dürren, das Missmanagement vorhandener Ressourcen sowie die ethnischen Spannungen in Benishangul-Gumuz zwischen Benshi und Amhara dar. Im April 2023 ist zudem ein Konflikt in der Amhara Region Äthiopiens ausgebrochen, der zur Ausrufung des Notstandes durch die Regierung geführt hat. Die Region gilt als höchst instabil; die bestehende Unsicherheit stellt eine Gefahr für die Regierung und die allgemeine Stabilität Äthiopiens dar. Im August 2023 erreichte die Gewalt in der Region einen vorläufigen Höhepunkt, als innerhalb einer Woche 30 Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Milizen registriert wurden.

Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia sowie die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen, wobei sich die Beziehung beider letztgenannten Länder in den letzten Jahren entscheidend verbessert hat. Äthiopien gilt aufgrund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA, der EU und des Vereinigten Königreichs sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus.

Ein Konflikt besteht zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses, auch im Rahmen der sogenannten Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre.

In Äthiopien selbst befinden sich derzeit keine alliierten Militäreinheiten, allerdings in mehreren Nachbarländern und der weiteren Region – etwa im Rahmen von UN- oder EU-Missionen.

Äthiopien ist u. a. dem aktuellen Anti-Terrorismus-Abkommen, der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007, bislang nicht beigetreten. Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Nichtsdestotrotz ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem.

Äthiopien gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.100 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen (low income economy), könnte aber schon in sehr naher Zukunft zu einer „lower-middle income economy“ aufsteigen. Äthiopien zählt dennoch zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries). Damit gehört es zu den Letztplatzierten (Rang 126 von 141). Äthiopien gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC).

Teil I: Informationen zu Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 90,2%	0,003
2001	Revolver und Pistolen	0,003
2002	Revolver und Pistolen	0,002
2004	Munition für Revolver und Pistolen	0,003
2006	Kommunikationsausrüstung	0,2
2007	---	---
2009	Splitterschutzschürzen: 100%	0,08
2011	Schutzbekleidung für das Räumen von Minen [Minenräumaktion]: 100%	0,42
2012	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 98,8%	0,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,2
2014	---	---
2015	LKW, Feldküchenanhänger und Teile für LKW: 98%	0,074
2016	---	---
2017	---	---
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]:	0,21
2019	Geländefahrzeuge mit Sonderschutz: 68,5% Störsender: 31,5%	0,73
2020	LKW: 96,8%	0,047
2021	---	---
2022	---	---
2023	Geländefahrzeug mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation]: 100,0 %	0,169

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2024	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank, Botschaft] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [Bank]	0,604

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

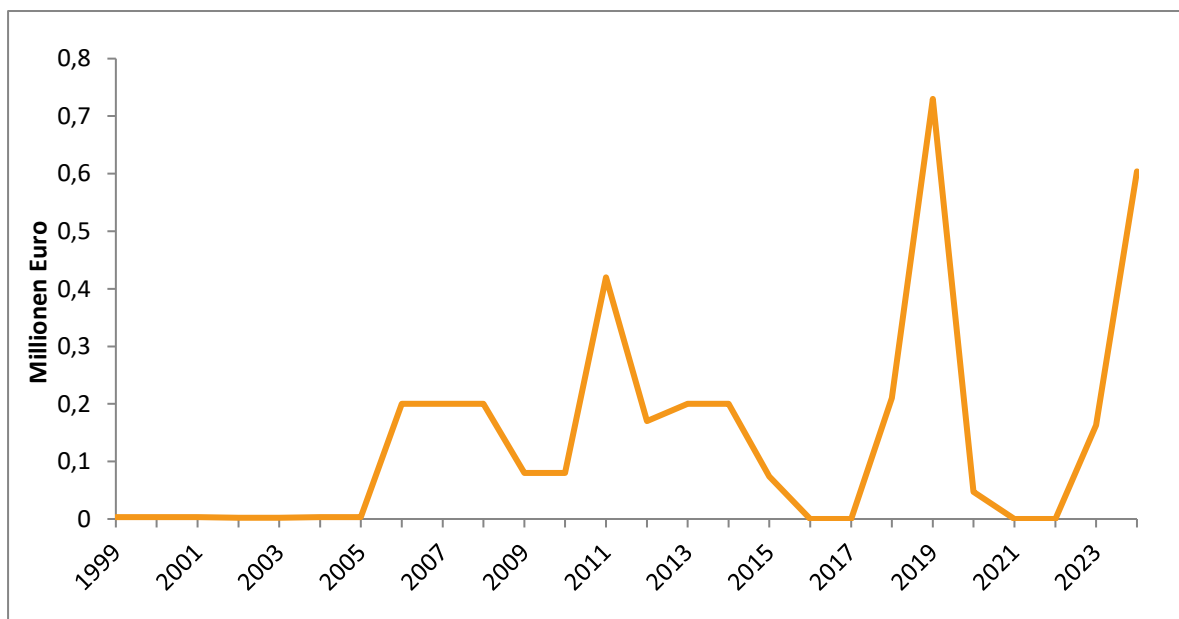


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Äthiopien 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	G-120 TP	Übungsflugzeuge	2019	2019	6	Neuwertig
(10)	MTU 6R 1000/OM	Dieselmotor	(2022)	2022 - 2023	10	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist kein bedeutender Rüstungsexporteur nach Äthiopien. In den 1970er Jahren lieferte die Bundesrepublik einige Rüstungsgüter dorthin, beispielsweise eine Cessna-337 (1971) und zwei Do-28D Leichttransportflugzeuge (1975). Die DDR exportierte einige Jahre später vermutlich 60 T-54 (1979/80) sowie 50 T-55 Panzer (1989). Seit Ende der 1990er

konzentrieren sich deutsche Rüstungsexporte nach Äthiopien vorrangig auf Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung. In den Jahren 2012, 2013 und zuletzt 2018 erhielt die deutsche Botschaft dort Geländewagen mit Sonderschutz. 2019 lieferte die Bundesregierung sechs Trainingsflugzeuge vom Typ G-120 TP zur militärischen Aus- und Weiterbildung von Pilot:innen an Äthiopien.

Im Jahr 2022 wurden laut Rüstungsexportbericht Ausfuhren in Höhe von 3,1 Millionen Euro mit Verweis auf Kriterium 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts) verweigert. SIPRI zufolge orderte Äthiopien allerdings im selben Jahr zehn MTU-Dieselmotoren, welche demnach für aus Bosnien-Herzegowina geordnete Mannschaftstransporter (Despot) vorgesehen sind. 2023 wurden gepanzerte Geländefahrzeuge sowie Teile für ballistischen Fahrzeugschutz für eine oder mehrere EU-Delegationen geliefert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Äthiopien 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	25	16	45	2	48	135

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

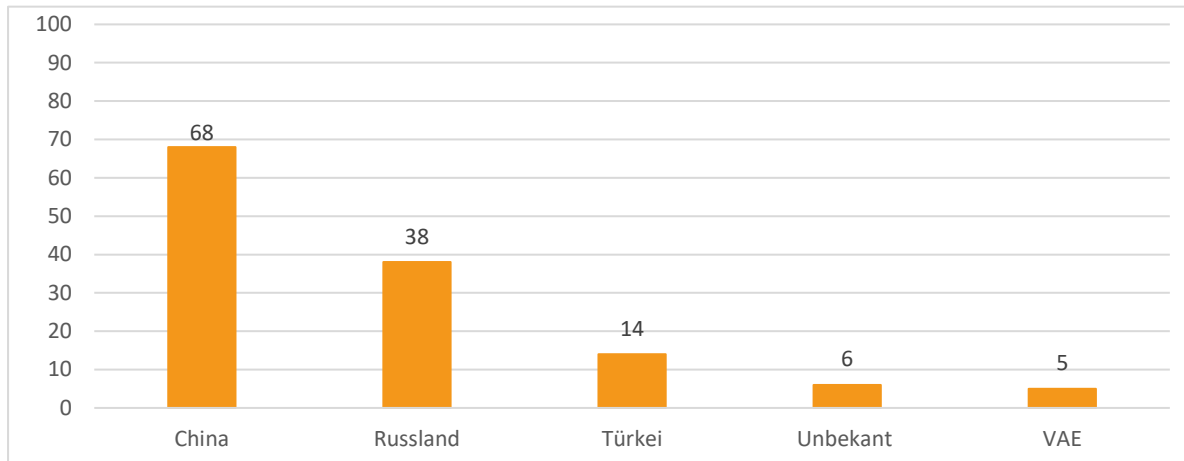
Tabelle 4

Deutsche Großwaffensysteme nach Äthiopien 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	0	0	-	1

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024 Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2025) nahm Äthiopien im Zeitraum zwischen 2020 und 2024 die 75. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant. Aus dieser Zeit stammen u. a. MiG-17/21/23 Kampfflugzeuge, Mi-24/Mi-6T/8T (Kampf-) Hubschrauber sowie hunderte Panzer vom Typ T-34/85, T-54, T-55 sowie T-62. An dieser Rolle hat sich bisweilen wenig geändert: Dem UN-Waffenregister zufolge lieferte Russland zwischen 1998 und 2004 21 Su-27, 2003/2004 vermutlich weitere acht Jagdflugzeuge dieses Typs und zehn Mi-24 Kampfhubschrauber sowie 2010 weitere acht Mi-8/Mi-17 (Kampf-) Hubschrauber. Zwischen 2018 und 2019 exportierte Russland außerdem vier mobile Luftabwehrsysteme (96K9 Pantsyr-S1) sowie 100 entsprechende Boden-Luft-Raketen nach Äthiopien, welche zur Sicherung der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre (GERD) eingesetzt werden. 2022 bestellte Äthiopien zwei gebrauchte Jagdbomber des Typen SU-30K, die wahrscheinlich 2024 ausgeliefert wurden.

Äthiopien sucht zudem verstärkt die militärische Kooperation mit der VR China, die seit 2009 ebenfalls zu einem wichtigen Lieferanten wurde. 2012/2013 soll Äthiopien verschiedene Rüstungsgüter aus China erhalten haben, darunter u. a. zehn Schützenpanzer WZ-523 (Typ 05), zehn Truppentransporter YW 531 (Typ 85) sowie 75 BVR-Luft-Luft-Raketen. Zwischen 2018 und 2020 wurden zudem acht Mehrfachabschuss-Raketensysteme (vier selbstfahrende PHL-03 und vier A-200) und zehn Boden-Boden-Raketen des Typs BP-12A aus China geliefert. 2022 lieferte China 32 Selbstfahrlafetten vom Typ SH-15 155mm nach Äthiopien.

Wichtiger Lieferant ist auch die Türkei, die 2021 vier bewaffnete Bayraktar TB-2 Drohnen nach Äthiopien exportierte, sowie die USA, die 2018 ein ausgemustertes C-130E Hercules Transportflugzeug stifteten.

2023 stiegen zudem die Vereinigten Arabischen Emirate zu einem wichtigen Lieferanten auf, was auf den Verkauf von 30 gepanzerten Mannschaftstransporter des Typs MCAV-20 zurückgeht.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

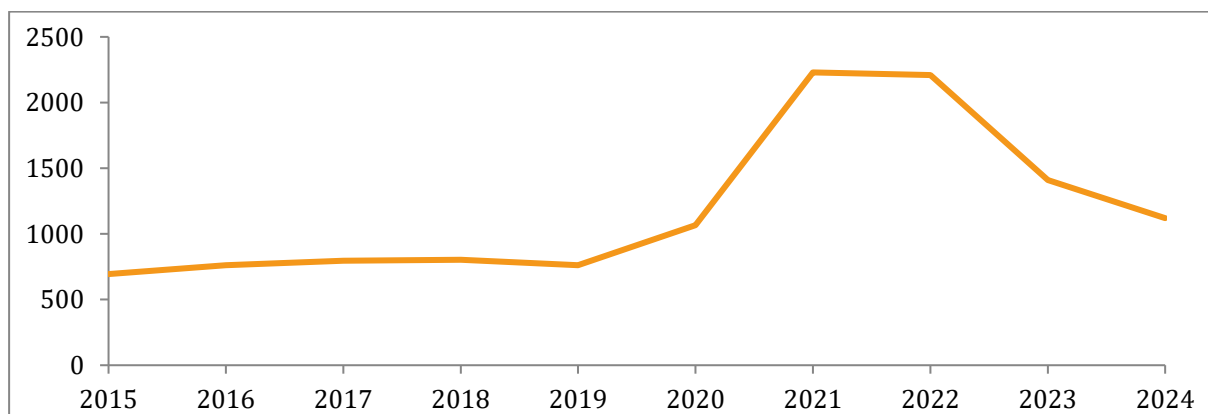
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1067	2229	2210	1409	1119
Anteil am BIP (in Prozent)	0,8	1,6	1,5	0,9	0,7
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	5,4	11,7	11,9	8,2	6,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

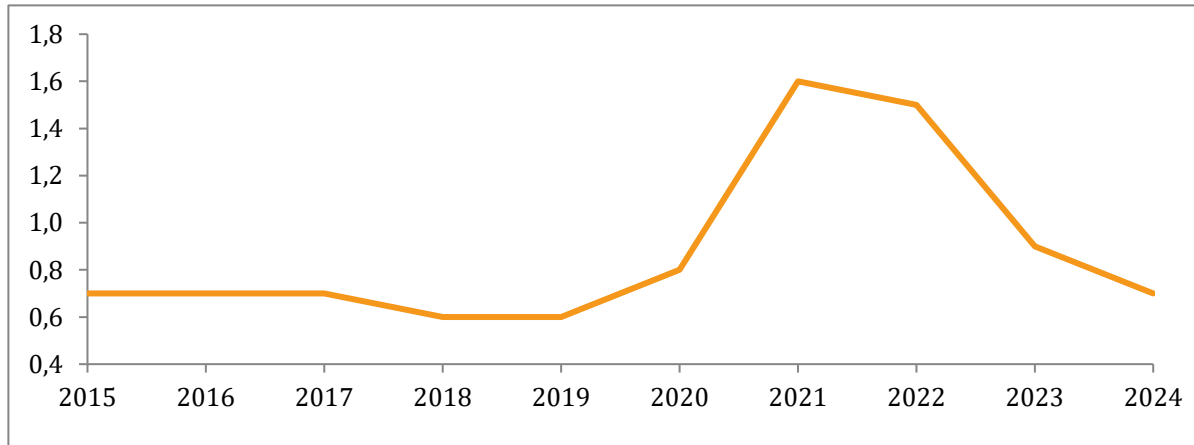
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Äthiopien importiert den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Trotzdem verfügt das Land schon seit dem frühen 20. Jahrhundert auch über eine lokale Rüstungsindustrie, die Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt. Seit einigen Jahren werden zudem leichte gepanzerte Fahrzeuge in Lizenz produziert. Insbesondere während der Militärjunta des Derg Regimes (1974 bis ca. 1990) wurde die Rüstungsindustrie massiv durch die Sowjetunion und teilweise auch durch Nordkorea unterstützt. Nach dem Fall des Derg-Regimes 1987 wurden die äthiopischen Streitkräfte als Äthiopische Nationalverteidigungskräfte (Ethiopian National Defence Force, ENDF) neu gegründet. Sie traten das Erbe einer großen, aber äußerst ineffizienten Rüstungsindustrie an, die um die Jahrtausendwende aus acht Militärfabriken bestand, die Waffen und Fahrzeuge generalüberholen, Flugzeuge reparieren, Uniformen und andere Ausstattung herstellen sowie unbemannte Fahrzeuge bauen konnte. Im Jahr 2009 erklärte der damalige Premierminister Meles Zenawi, die Waffenproduktion im eigenen Land fördern zu wollen, um unabhängiger von Rüstungsimpporten zu werden und auf diese Weise die Verteidigungsausgaben zu senken. Zuvor dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt, wurde der Sektor 2010 durch die Verordnung Nr. 183/2002 des äthiopischen Ministerrates als „Metals and Engineering Corporation“ (MetEC) in ein öffentliches Industrieunternehmen in Regierungsbesitz umgewandelt. MetEC umfasst mittlerweile circa 98 Unternehmen, von denen zwei Militärausrüstung produzieren. Dutzende weitere der Unternehmen produzieren für den zivilen Markt. Es hat zum Ziel, industrielle Entwicklung zu erreichen. Obwohl eines der Ziele dieser Umstrukturierung die Realisierung des Growth and Transformation Plans (GTP) war, liegt die faktische Kontrolle weiterhin überwiegend beim Verteidigungsministerium. Die inländische Produktion von unbemannten Fahrzeugen, der Bereich militärischer Telemedizin sowie die Entwicklung von Informationssicherheit haben sich als besonders fortschrittlich erwiesen. Im Februar 2013 wurde bekannt, dass Äthiopien erstmals eine Drohne produzierte, überwiegend für Überwachungszwecke.

MetEC ist zudem in der Lage, eine Vielzahl von Waffensystemen wie Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge oder Hubschrauber zu modernisieren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Rüstungsindustrie in die gesamtstaatliche wirtschaftliche Entwicklung zu integrieren. Das zur MetEC gehörende Unternehmen Hibret Machine Tools produziert beispielsweise neben einzelnen Waffen auch Werkzeuge, Krankenhausbetten und Büromöbel. Berichte gehen davon aus, dass durch den Zusammenschluss der Unternehmen nicht nur wirtschaftliches Entwicklungspotenzial, sondern auch 20.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Zukunft soll nicht nur der heimische, sondern auch der gesamtafrikanische Markt versorgt werden. 2018 wurden jedoch zahlreiche Beschäftigte von MetEC wegen des Vorwurfs der Korruption verhaftet. Ferner wurden MetEC einige Aufträge entzogen, was mindestens zu einem Verlust von 3.000 Arbeitsplätzen bei MetEC geführt hat. Daher wurde das Unternehmen 2020 in eine zivile und eine Verteidigungssparte aufgeteilt, wobei letztere mittlerweile unter „Defense Engineering Industry Group“ (DEIG) firmiert und das zentrale Unternehmen für Entwicklungen, aber hauptsächlich auch Wartung, Modernisierung sowie Reparatur und Schulungen ist.

2025 wurden zwei neue Verteidigungsindustrie-Komplexe eröffnet: eine Munitionsfabrik (Homicho Ammunition) und eine Drohnenfabrik (SkyWin Aeronautics). Erstere stellt Kleinwaffen-, Mörser- sowie Artilleriemunition her. Die Munitionsfabrik soll bereits Exportaufträge über 30 Mio. Euro erhalten haben.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

503.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 500.000

Luftwaffe: 3.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	138	138	138	138	138	138	503	503	503
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	4	3,9	3,8

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Das äthiopische Militär besteht aus Heer und Luftwaffe. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden. Die Streitkräfte des Landes gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Die 1987 neu gegründeten Äthiopischen Nationalverteidigungskräfte durchliefen seither zwei umfangreiche DDR-Programme (1992-1995 und 2001-2003), die die Entwaffnung, Demobilisation und Reintegration zahlreicher früherer Kämpfer:innen zur Folge hatten. Zwischen 1991 und 1998 sank der personelle Umfang des Heeres von 500.000 auf 60.000. Durch den Krieg mit Eritrea zwischen 1998 und 2000 stieg die Anzahl der Soldat:innen jedoch wieder auf 352.500. Nach dem zweiten DDR-Programm umfasste die Armee seit 2007 138.000 aktive Soldat:innen (ausschließlich Freiwillige). Bestrebungen, die Personalzahlen zu erhöhen, sind umgesetzt worden: So umfasst das äthiopische Militär seit 2022 wieder 503.000 aktive Soldat:innen.

Die USA unterstützen die Streitkräfte bei der Ausbildung und beim Ausbildungsmanagement, insbesondere für Friedensmissionen, Antiterroroperationen und die medizinische Versorgung. Aufgrund zahlreicher Konflikte in der Region verfügen Heer und Luftwaffe über viel Kampferfahrung, sodass sie einen wichtigen Beitrag zu den UN-Mission im Südsudan (UNMISS) leisten bzw. in Darfur (UNIFSA) leisteten. Seit Januar 2014 beteiligt sich Äthiopien (erneut) mit teils bis zu 4.000 Soldat:innen im Rahmen der AU-Mission AMISOM (bzw. seit April 2022 an der Nachfolgemission ATMIS und seit Januar 2025 AUSSOM) in Somalia.

Ausbildung und Beratung erhält Äthiopien neben den USA, zu denen es enge Beziehungen pflegt, auch aus China und Israel. Insgesamt verfügt das äthiopische Militär über ausreichende Kapazitäten, um die Sicherheit am Horn von Afrika und auch auf dem gesamten afrikanischen Kontinent aktiv mitzugestalten. Ihre Schlagkraft haben die Streitkräfte mehrfach in Somalia im Kampf gegen die Union islamischer Gerichte (UIC) unter Beweis gestellt. Seit Ende 2020 befanden sich die äthiopischen Streitkräfte, gemeinsam mit den Streitkräften Eritreas, im bewaffneten Konflikt mit Streitkräften der Region Tigray (Tigray Defense Forces), welche aus Spezialkräften der Regionalregierung, desertierten Soldat:innen der äthiopischen Armee und lokalen Milizen bestehen. Hierbei wurden von allen Seiten – besonders aber von den äthiopischen und den eritreischen Streitkräften – Kriegsverbrechen begangen. Nach einem Waffenstillstand im März 2022 und einem Wiederaufflammen der Kämpfe im August wurde im November 2022 ein erneuter Waffenstillstand bzw. Friedensabkommen erreicht. Eine mit mehreren westlichen Staaten vereinbarte Neuausrüstung der Streitkräfte wurde im Zuge des genannten Konfliktes annulliert. Entsprechende Vereinbarungen werden daher vermehrt mit China, Russland und der Türkei geplant.

2021 wurde eine neue Marineeinheit gegründet, bisher allerdings noch keine Schiffe angeschafft. Deren mögliche Stationierung ist weiterhin unklar, wobei im Januar 2024 bekannt wurde, dass diese womöglich in Somaliland stationiert werden soll. Hierzu wurde eine Absichtserklärung mit der separatistischen Regierung unterschrieben, welche die Verpachtung eines 20 km langen Meereszugangs über 50 Jahre angibt. Somalia verurteilte dieses Vorgehen scharf und sieht das Abkommen mit Somaliland als Angriff auf seine territoriale Souveränität.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Ca. 220	
Aufklärer	Ca. 50	
Schützenpanzer	Ca. 20	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 275	
Bergepanzer	Mehr als 3	
Artillerie	Mehr als 262	
Panzerabwehr	Einige	RS-AT-3 Sagger; RS-AT-4 Spigot; RS-AT-14 Spriggan
Luftabwehr	8	RS-SA-2 Guideline; RS-SA-3 Goa; RS-SA-7 Grail, RS-SA-16 Gimlet, RS-SA-22 Greyhound

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer umfasst mittlerweile 500.000 aktive Soldat:innen. Tausende Landstreitkräfte waren lange Zeit an der Grenze zu Eritrea stationiert und weitere in Somalia, während die übrigen Soldat:innen in UN-Missionen oder inneren Operationen eingesetzt wurden. Seit der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes zwischen der Volksbefreiungsfront Tigray (TPLF) und der Zentralregierung waren die äthiopischen Soldat:innen überwiegend mit der Aufstandsbekämpfung beschäftigt. Seit August 2023 ist zudem ein weitreichender Ausnahmezustand in der Region Amhara in Kraft (siehe hierzu mehr unter dem Kapitel: „[Innere Spannungen](#)“).

Äthiopien erweiterte seine Waffenbestände insbesondere im Krieg mit Eritrea (1998-2000), vor allem um T-55 Kampfpanzer sowie Artillerieausstattung, wie BM-21 122m Geschosswerfer und 122 mm D-30 Haubitzen. Gegenwärtig verfügt das äthiopische Heer über hunderte schwere Kampfpanzer. Hierbei handelt es sich zum Teil um modernisierte Panzer, unter anderem um im Jahr 2012 gelieferte ukrainische T-72. Dieses Geschäft erfolgte im Rahmen eines Einkaufs in Höhe von 100 Mio. US-Dollar, als zwischen 2011 und 2013 200 T-72B Panzer aus der Ukraine erworben wurden. 2016 hat Äthiopien außerdem aus Frankreich 12 von den USA finanzierte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion erhalten, zwischen 2013 und 2017 75 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Thunder aus Israel. Auch moderne Luftabwehrsysteme sowie bewaffnete Drohnen gehören mittlerweile zum Inventar, darunter auch die aus der Türkei jüngst erworbenen Bayraktar TB2. Verluste von Stützpunkten des Nordkommandos führten in jüngerer Vergangenheit jedoch auch zu einem Verlust von militärischem Equipment.

Tabelle 8
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	13	8 Su-27 Flanker, 3 Su-27UB Flanker, 2 Su-30K
Jagdbomber	Mehr als 6	MiG-23BN/UB Flogger H/C
Erdkampfflugzeuge	3	1 Su-25T Frogfoot, 2 Su-25UB Frogfoot
Transportflugzeuge	19	
Ausbildungsflugzeuge	24	12 G 120TP, 12 L-39 Albatros
Kampfhubschrauber	16	15 Mi-24 Hind, 1 Mi-35 Hind
Mehrzweckhubschrauber	21	
Drohnen	Mehr als 7	Alle kampffähig
Raketen	Einige	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die äthiopische Luftwaffe verfügt größtenteils über eine weitestgehend intakte und relativ neue Ausstattung, die sowohl im Inland als auch im Ausland einsatzfähig ist. Allerdings sind in der Vergangenheit einige Flugzeugunglücke äthiopischer Militärmaschinen registriert worden, so bspw. im August 2013 am Flughafen von Mogadishu, als eine veraltete Antonov An-24 abstürzte. Der Bestand der Luftwaffe stammt teilweise auch aus Zeiten der Sowjetunion und seit 1990 aus ukrainischer und russischer Produktion, so zum Beispiel auch die zur Zeit des Grenzkrieges mit Eritrea zwischen 1998 und 2002 angeschafften, damals modernen, Kampfflugzeuge und Hubschrauber.

Äthiopiens Luftwaffe verfügt vor allem über in der Sowjetunion entwickelte Maschinen wie die MiG-21, die Su-27 oder Hubschrauber der Firma Mil, beispielsweise die Mi-8 oder Mi-24. Hinzu kommt auf dem Papier eine beachtliche Zahl an Jagd-, Abfang-, Transport- und Ausbildungsflugzeugen sowie mehrere Dutzend Helikopter. Seit 2024 wird der Bestand um einige Su-30 (MK/K) Flugzeuge ergänzt.

Auch China scheint ein möglicher Zulieferer der Luftwaffe werden zu können: In Zukunft könnte die alternde Flotte der L-39C Albatros Maschinen durch chinesische Hongdu K-8 Leichtflugzeuge ersetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Mi-24 Hubschrauber ist nicht bekannt, spekuliert wird allerdings über den Austausch mit Harbin Z-9W Hubschraubern. 2019 hat Deutschland sechs G-120TP Ausbildungsflugzeuge nach Äthiopien exportiert, die sich allesamt im Einsatz der äthiopischen Luftwaffe befinden. Die USA haben der Luftwaffe Äthiopiens 2014 sowie 2018 jeweils ein gebrauchtes C-130E Transportflugzeug geschenkt. In den vergangenen Jahren hat die britische Royal Air Force die Auswahl und Ausbildung von Pilot:innen unterstützt. Die äthiopische Luftwaffe selbst trainiert auch Pilot:innen aus anderen Staaten für Kampfflugzeuge, Helikopter und Passagierflugzeuge.

Box 2***Peacekeeping***

Somalia (ATMIS): 2.400 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 1.524 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Äthiopien war 2021 der zweitgrößte Truppensteller für die UN-Friedensmissionen im Südsudan (UNMISS) und im Sudan (UNAMID/UNISFA). Die UNAMID-Mission wurde 2021 jedoch beendet. Derzeit ist das Land aber auch an militärischen Operationen in Somalia beteiligt, so etwa seit Januar 2014 (mit aktuell rund 2.400 Soldat:innen) an der AU-Mission AMISOM, welche im April 2022 jedoch zu einer Transitions- bzw. Abzugsmission geändert wurde (ATMIS). Bis Ende 2024 sollen die Truppen nach und nach abgezogen und die Sicherheitsverantwortung an die somalischen Streitkräfte übergeben werden. Zu Beginn des Jahres 2025 startete daher die Folgemission AUSSOM.

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Äthiopiens Militär ist im Staatsgefüge fest verankert. Klassische Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität sowie die Garantie der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in der Verantwortlichkeit der Streitkräfte. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt: Nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1974 gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch; allerdings begannen sich die Streitkräfte schon ab Ende der 1960er Jahre zusehends zu radikalisieren. 1974 kam es zum Putsch und der Derg (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Die Hierarchie des Militärs spiegelte die Zusammensetzung der Gesellschaft wider: Angehörige der politischen Elite stellten hauptsächlich die Offizier:innen, während große Teile der Mannschaftsdienstgrade aus den armen Bevölkerungsschichten rekrutiert wurden. Die Bevölkerung Äthiopiens war in dieser Zeit zahlreichen politischen motivierten Übergriffen ausgesetzt. Die Phase des „Red Terrors“ (auch: Oey Shibir) zwischen 1977 und 1978, während der hunderttausende Menschen durch die kommunistische Militärdiktatur Derg unter Mengistu Haile Mariams gefoltert und ermordet wurden, stellte ein einschneidendes Erlebnis für die Gesellschaft dar.

Nach dem Sturz des Derg-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. So löste die EPRDF Armee und Sicherheitskräfte zunächst auf, um die Streitkräfte neu zu formieren. Die so entstandenen äthiopischen Streitkräfte (ENDF) waren zwar in weiten Teilen eine multiethnische Truppe. Über 90 Prozent aller Offizier:innen waren jedoch TPLF-Mitglieder und entstammen dem Volk der Tigray, das jedoch nur etwa sechs Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht. Zuletzt wurde jedoch eine ausgeglichene Verteilung angestrebt. Die Verfassung verbietet seit 1994 Militärs, einer politischen Partei anzugehören. In der Praxis hat sich diese Bestimmung jedoch nicht durchgesetzt. Meles Zenawi (TPLF) war bis 2012 zugleich Premierminister und Kommandeur

der Armee. Nach seinem Tod im gleichen Jahr übernahm mit Hailemariam Desalegn der Führer der Regierungspartei Southern Ethiopian People's Democratic Movement (SEPDM) das Amt des Premiers. Desalegn war der erste Premierminister, der nicht aus dem Militär stammt und dadurch über weniger Rückhalt im Militär und im Sicherheitsrat verfügte. Mit seinem Rücktritt 2018 und der Wahl von Abiy Ahmed zum neuen Premierminister endete die Dominanz der Tigray im Staatsgefüge. Hier wurde bereits befürchtet, dass Amtsinhaber:innen in Militär und Politik mit tigrinischer Abstammung, die nach wie vor die Sicherheits- und Streitkräfte dominierten, diese Entmachtung nicht leichtfertig hinnehmen. Unter anderem als Abiy Ahmeds Regierung die Wahlen in Tigray aus dem September 2020 nicht anerkannte sowie in Folge der verbesserten Beziehung der Regierung zu der eritreischen Regierung, die in Tigray in weiten Teilen Ablehnung erfährt, brachen im November bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen dem äthiopischen Heer und den Streitkräften Tigrays aus. Letztere bestehen u. a. aus Spezialkräften der Regionalregierung, desertierten Soldat:innen der äthiopischen Armee und lokalen Milizen. In dem bewaffneten Konflikt sind von beiden Seiten erhebliche Menschenrechtsverletzungen begangen worden (mehr hierzu findet sich im zweiten Teil des Berichts).

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen. Gegen die 1984 gegründete Ogaden National Liberation Front (ONLF), deren Ziel die Abspaltung von Äthiopien ist, führt das Militär seit Jahren einen brutalen Antiterrorkampf, der seit 2007 blutig eskaliert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Ogaden-Befreiungsfront und der äthiopischen Armee forderten nicht nur Menschenleben, sondern hemmten jede Entwicklung in äthiopischen Somali-Region. Im September 2012 hatten die Regierung und die ONLF kurzzeitig Friedensverhandlungen aufgenommen, um den seit mehreren Jahrzehnten andauernden Konflikt zu beenden. Diese scheiterten jedoch bereits im Oktober 2012. Erst im Oktober 2018 wurde ein andauernder Friedensvertrag geschlossen.

Aber auch gegen andere politische Oppositionelle geht das Militär mit Gewalt vor. Im Jahr 2005 kam es bspw. zu rund 200 Toten, als das Militär gewaltsam gegen eine Antiregierungsdemonstration vorging. Zahlreiche Oppositionsführer:innen wurden verhaftet und politische Rechte erheblich eingeschränkt. Verfolgungen, Folter und willkürliche Verhaftungen durch das Militär schüchterten die Bevölkerung ein und halfen die Macht des Regimes zu stabilisieren. Anhaltende Repressionen sind in Äthiopien alltäglich und kommen nicht nur im Vorfeld von Wahlen vor. Der bewaffnete Konflikt in Tigray (November 2020 bis November 2022) hatte jüngst eine humanitäre Katastrophe ausgelöst (siehe hierzu „[Spannungen und innere Konflikte](#)“). Seit Mitte 2023 besteht zudem ein Ausnahmezustand in der Amhara-Region und ein bewaffneter Konflikt mit der Fano-Miliz, welche im Tigray-Konflikt noch auf Seiten der Regierungstruppen stand. Auch hier finden außergerichtliche Tötungen statt, wie Amnesty International noch im Februar 2024 berichtet. Seit September 2024 kommt es hier zudem zu willkürlichen Massen-Verhaftungen. Zudem gibt es weiterhin Spannungen in Oromia, wo die Gewalt seit einem Friedensabkommen zwischen OLA/OLF und der Regierung im Dezember 2024 allerdings abnahm.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und die lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten, das allerdings nur sehr geringe Kontrolle ausübt. In allen 13 Regionen des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aber nicht immer klar koordiniert ist. Auch hier mangelt es an Kontrolle seitens übergeordneter Institutionen. Äthiopiens Sicherheitskräfte arbeiten in Bezug auf ihre Sicherheitsaufgaben effektiv, bedienen sich allerdings oftmals gewaltsamer, rechtswidriger Methoden. Im Jahr 2020 wurde mit einer neuen Polizei-Doktrin jedoch eine Strategie veröffentlicht, die ihren repressiven Charakter und willkürliche Gewalt vermindern soll. Wie effektiv dieser Ansatz sein wird, bleibt abzuwarten. In Testregionen sind jedoch positive Entwicklungen zu erkennen.

Insbesondere seit Einführung des Antiterrorgesetzes im Jahr 2009 veranlassen die Streitkräfte immer wieder monatelange Haft von Verdächtigen mit der Begründung, die Staatssicherheit sei gefährdet. Die Straffreiheit der Sicherheitskräfte führt zu einer erheblichen Missachtung der Menschenrechte. In Polizeistationen und Gefängnissen kommt es immer wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen in Form von Misshandlungen, Folter und der Verweigerung von Grundbedürfnissen. Die sechs bundesstaatlichen und 120 regionalen Gefängnisse verfügen größtenteils über schlechte sanitäre und medizinische Versorgung. Wasser und Nahrungsmittel werden nur begrenzt verteilt. Unverhältnismäßige Gewalt wird insbesondere gegen Oppositionelle sowie die muslimische Gemeinschaft in Äthiopien angewandt. In den Regionen Oromia und Amhara kamen im Jahr 2013 durch den Einsatz von Polizeiwaffen mehrere Personen ums Leben. In Amhara ist seit 2023 eine erneute Zunahme der Gewalt zu erkennen. Nachdem im April 2023 angekündigt wurde, regionale Sonderpolizeikräfte sollen aufgelöst und in die Bundespolizei und teilweise in die nationalen Streitkräfte integriert werden, liefen einige Mitglieder zu bewaffneten Gruppen (insbesondere Fano-Miliz) über. Es kam zu mehreren Kämpfen und außergerichtlichen Tötungen.

Zusätzlich zu den Sicherheitsdiensten gibt es den äthiopischen Geheimdienst, der 1994/95 als Security, Immigration and Nationality Affairs Authority gegründet und 2006/07 in National Intelligence and Security Service (NISS) umbenannt wurde. Im Juli 2013 gab die Regierung bekannt, den Geheimdienst zum Schutze der äthiopischen Verfassung und Souveränität sowie der nationalen und internationalen Interessen modernisieren und stärken zu wollen. Die Veränderungen erweiterten die Befugnisse des NISS, der so dem:der Premierminister:in unterstellt ist, erheblich. Die Institution soll innerhalb und außerhalb Äthiopiens tätig und insbesondere in Antiterrormaßnahmen eingebunden sein.

Diversität in den Sicherheitskräften

Da Homosexualität in Äthiopien strafbar ist und weder nicht-binäre Geschlechtsidentitäten noch geschlechtsangleichende Maßnahmen rechtlich anerkannt werden, können LGBTQIA+-Personen in den Sicherheitskräften faktisch nicht offen dienen. Vielmehr wird von einer informellen „Don't Ask, Don't Tell“-Praxis ausgegangen.

Frauen hingegen ist der Zugang zu den Sicherheitskräften grundsätzlich offen. Sie können formal sowohl in den Streitkräften als auch in der Polizei dienen, ohne dass ihnen bestimmte Laufbahnen oder Funktionen explizit gesetzlich untersagt wären. In welchem Umfang Frauen tatsächlich in unterschiedlichen Funktionsbereichen – insbesondere in kampfbezogenen Einheiten – eingesetzt werden, lässt sich aufgrund fehlender disaggregierter Daten jedoch nicht verlässlich beurteilen. Auch bleibt unklar, in welchem Maße Frauen die höchsten militärischen Ränge erreichen; insgesamt deutet die vorhandene Evidenz jedoch auf eine fortbestehende Unterrepräsentation in Führungspositionen hin. Die Datenlage zur quantitativen Repräsentation ist insgesamt aber lückenhaft. Disaggregierte Zahlen für einzelne Teilbereiche wie Streitkräfte, Polizei oder paramilitärische Einheiten liegen nicht vor. Für den Sicherheitssektor insgesamt wird der Frauenanteil für April 2023 auf rund 15 % geschätzt, wobei unklar bleibt, ob hierin auch zivile Beschäftigte enthalten sind. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen soll bei etwa 21 % liegen und damit vergleichsweise höher ausfallen, wenngleich auch hier unklar ist, auf welche Ebenen sich diese Angabe konkret bezieht. Belastbare Zahlen existieren lediglich im Kontext internationaler Friedenseinsätze: Im Dezember 2025 waren unter 1.254 von Äthiopien entsandten Kräften 137 Frauen, was einem Anteil von rund 11 % entspricht. Insgesamt gilt das Land als einer der wichtigsten Truppensteller für UN-Missionen und engagiert sich zunehmend auch für die Entsendung von Frauen.

Aussagen über die Besetzung hochrangiger Positionen bleiben auch für die Polizei schwierig. Bereits 2017 organisierten die Vereinten Nationen (konkret die Polizeidivision der Abteilung für Friedenssicherungseinsätze) gemeinsam mit der Afrikanischen Union einen Führungskräftelehrgang für hochrangige Polizistinnen in Addis Abeba, was auf gezielte, wenn auch punktuelle Fördermaßnahmen hindeutet.

Ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der Women, Peace and Security (WPS)-Agenda wurde bislang nicht verabschiedet. Ursprünglich war dessen Annahme bis 2020 vorgesehen, verzögerte sich jedoch unter anderem infolge der COVID-19-Pandemie, sodass noch Ende 2025 Konsultationsprozesse unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure, insbesondere von Frauenrechtsorganisationen, andauerten. Unabhängig davon verfolgt Äthiopien eine Gender-Mainstreaming-Strategie, die sich auch auf den Sicherheitssektor und die nationale Sicherheitspolitik erstreckt. Konkrete Zielquoten für Frauen in Sicherheitskräften sind aber nicht bekannt. Allerdings wurde für die 2021 eingerichtete National Dialogue Commission eine Frauenquote von 30 % angestrebt, um einen inklusiven Dialog- und Versöhnungsprozess im Kontext des Tigray-Konflikts zu fördern. Im eigentlichen Friedensprozess selbst waren Frauen jedoch kaum vertreten; auf Seiten der Regierung nahm lediglich eine Frau an den Verhandlungen teil. Mit Aisha Mohammed Mussa hatte Äthiopien immerhin aber bereits zwei Mal eine Außenministerin (2018 – 2019 sowie aktuell).

Im Bereich Aus- und Weiterbildung existieren zumindest punktuelle Maßnahmen zur Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Gewalt (GBV). So bietet etwa die Polizeiuniversität entsprechende Trainings an. Auch im weiteren Sicherheits- und Justizsektor werden solche Trainings – häufig in Kooperation mit internationalen Organisationen – durchgeführt. Eine systematische, flächendeckende Institutionalisierung dieser Programme, insbesondere innerhalb der Streitkräfte, ist jedoch nicht erkennbar.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten bzw. hat sie lediglich unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. So beispielsweise den Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963). Das Übereinkommen über Streumunition (2010), die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, den 2014 verabschiedeten Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) sowie den 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag hat Äthiopien nicht unterzeichnet. Bisher signalisierte die Regierung auch keine Bereitschaft, diese Verträge langfristig zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren.

Weder die Vereinten Nationen noch die Europäische Union haben Sanktionen gegenüber Äthiopien verhängt. Seit 2001 besteht kein entsprechendes Waffenembargo gegen Äthiopien mehr.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3**Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

Civilians in much of Ethiopia faced humanitarian crises during the year. Armed hostilities continued between federal forces and armed groups in Amhara and in parts of Oromia, while in Tigray, internal tensions and renewed clashes along regional borders deepened instability. Relations between the federal government and Eritrea remained fragile, raising concerns of possible future fighting. The government intensified its crackdown on independent media and civil society ahead of elections slated for 2026. Security forces arbitrarily detained healthcare workers protesting poor pay and living conditions. Humanitarian needs remained acute. The UN estimated that over nine million children were out of school due to conflict and natural disasters. The US government's cuts to aid deeply impacted Ethiopia, which has been one of the largest recipients of assistance in Africa. Consensual same-sex relations are outlawed and carry a penalty of up to 15 years in prison. The transitional justice process stalled, while impunity for serious crimes and abuses remained the norm.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/ethiopia>

Box 4**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

Authorities carried out mass forced evictions without adequate warning, displacing thousands of people in the name of urban development. Journalists were arbitrarily detained and harassed. Civic space continued to shrink as authorities increased surveillance and suppression of activists and human rights defenders, while introducing draft legislation that threatened freedom of association. The transitional justice process stalled, and no steps were taken towards justice and accountability for crimes under international law in the Tigray conflict. Women and girls continued to face gender-based violence, including conflict-related sexual violence. Women human rights activists were abused for their advocacy work. Ethiopia arbitrarily detained and deported at least 600 Eritrean refugees to Eritrea.

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

Box 5**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für Äthiopien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 10/60

Politische Rechte: 8/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (18/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

The 2018 election of Prime Minister Abiy Ahmed initially set off a transitional period. Abiy pledged to reform Ethiopia's authoritarian state, undertook legislative reforms, held elections, and implemented some liberalization policies. However, Ethiopia remains beset by internal conflicts and intercommunal violence; abuses by security forces and violations of due process are common, many reformed laws have yet to be implemented meaningfully; and many restrictive laws remain in force. Armed conflicts in the Amhara, Oromia, and Tigray Regions in recent years have caused widespread displacement, and credible allegations of atrocity crimes have emerged.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ethiopia/freedom-world/2026>

Kommentar

Äthiopien ist fast allen wichtigen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten und die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte. Faktisch schränkte jedoch die seit 1991 regierende Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) diese Rechte stark ein. Seit 2018 befindet sich Äthiopien in einer politischen Transition, die mit der Ernennung von Premierminister Abiy Ahmed Ali begann. Abiy Ahmed Ali löste Hailemariam Desalegn ab, der nach landesweiten Massenprotesten zurücktrat.

Unter Premierminister Abiy Ahmed Ali ließ die Regierung im April 2018 alle inhaftierten Journalist:innen und Blogger:innen frei, schloss das berüchtigte Foltergefängnis Maekelawi in Addis Abeba und stellte die uneingeschränkte Nutzung des mobilen Internets wieder her. Zudem verabschiedete sie mehrere Gesetzesänderungen, die die Meinungsfreiheit stärkten und den Handlungsspielraum von Nichtregierungsorganisationen ausweiteten. Dadurch verbesserte sich die Lage der bürgerlichen Freiheiten leicht. Dennoch stuft Freedom House Äthiopien im Jahr 2025 weiterhin als „nicht frei“ ein

Mit den politischen Reformen verschärfte sich jedoch auch die ethnonationalistischen Konkurrenzen. Insbesondere die Amhara und Oromo forderten nach Jahren der Dominanz der Tigray mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Im Jahr 2019 erschütterte die Auflösung der EPRDF, eines Zusammenschlusses aus vier ethnoregionalen Parteien, die Äthiopien seit 1991 autoritär regiert hatte, das politische System des Landes. Mit der Auflösung der EPRDF und der Gründung der neuen Prosperity Party (PP) wollte Abiy Ahmed Ali ein politisches Signal setzen, dass mit den für 2020 angesetzten Wahlen eine Öffnung hin zu einer Mehrparteiendemokratie bevorstehe. Tatsächlich verschärfte die Auflösung der

zentralistischen Partei jedoch die Konkurrenz- und Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Ethnien und führte zu landesweiten gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Die Regierung verschob die für 2020 vorgesehenen Wahlen aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie und holte sie erst im Juni 2021 nach, was bei der Opposition große Frustration auslöste. Daraufhin organisierte die von der Tigray People's Liberation Front (TPLF) geführte Regionalregierung der Region Tigray eigenmächtig Wahlen, die sie mit großem Vorsprung gewann. In der Folge spitzte sich der Konflikt zwischen der Zentralregierung unter dem Oromo Abiy Ahmed Ali und der TPLF weiter zu und mündete schließlich in eine Militäroffensive der Zentralregierung. Seit Beginn der Offensive im November 2020 flohen laut UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) rund 107.000 Menschen alleaus der Region Tigray. Allein durch direkte Kämpfe kamen nach einem Bericht des PRIO aus dem Jahr 2023 mehr als 100.000 Menschen ums Leben. Insgesamt schätzen Beobachter:innen die Zahl der Todesopfer auf 300.000 bis 600.000. Nach Angaben der Vereinten Nationen benötigen infolge des Konflikts und einer schweren Dürre neun Millionen Menschen in Tigray sowie in den Nachbarprovinzen Afar und Amhara humanitäre Hilfe. Blockaden und Plünderungen durch die Konfliktparteien erschweren jedoch den Zugang zu diesen Bevölkerungsgruppen erheblich. Laut Amnesty International begingen auch eritreische Truppen während der Kämpfe schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter die Tötung hunderter Zivilist:innen in der Stadt Axum im November 2020. Im November 2022 unterzeichneten die TPLF und die äthiopische Regierung in Südafrika ein Abkommen, das die Feindseligkeiten beenden sollte. Die politische Lage bleibt aber weiterhin fragil und gewaltsame Zwischenfälle dauern an.

Nur wenige Monate nach dem Friedensschluss eskalierte die Gewalt zudem in der Region Amhara erneut, woraufhin die Regierung im August 2023 den Notstand verhängte. Nach dem Ende des Krieges in Tigray plante die Regierung, die amharischen paramilitärischen Einheiten (Fano) in die offiziellen Streitkräfte zu integrieren, stieß dabei jedoch auf massiven Widerstand. Fano-Milizen besetzten teilweise kritische Infrastruktur, Ortschaften oder umstrittenes Agrarland. Beide Seiten werden schwerer Verbrechen beschuldigt. Amhara-Kräfte sollen unter anderem ethnische Säuberungen und Deportationen in Tigray durchgeführt haben, während Beobachter:innen den staatlichen Streitkräften willkürliche Festnahmen, außegerichtliche Tötungen, Entführungen und Folter vorwerfen. Die Kämpfe dauern fort und zudem kommt es teils zu Spannungen zwischen verschiedenen Fano-Gruppen.

Im Jahr 2024 häuften sich zudem Berichte über Übergriffe auf die Zivilbevölkerung in der Region Oromia. Aufgrund von Spannungen innerhalb der Oromo-Befreiungsarmee (OLA) verschlechterte sich die Sicherheitslage dort ebenfalls. Im Dezember 2024 schlossen die OLA und die Regierung jedoch ein Friedensabkommen. Seither gehen die gewaltsamen Zwischenfälle laut ACLED deutlich zurück.

Geschlechtsspezifische Gewalt

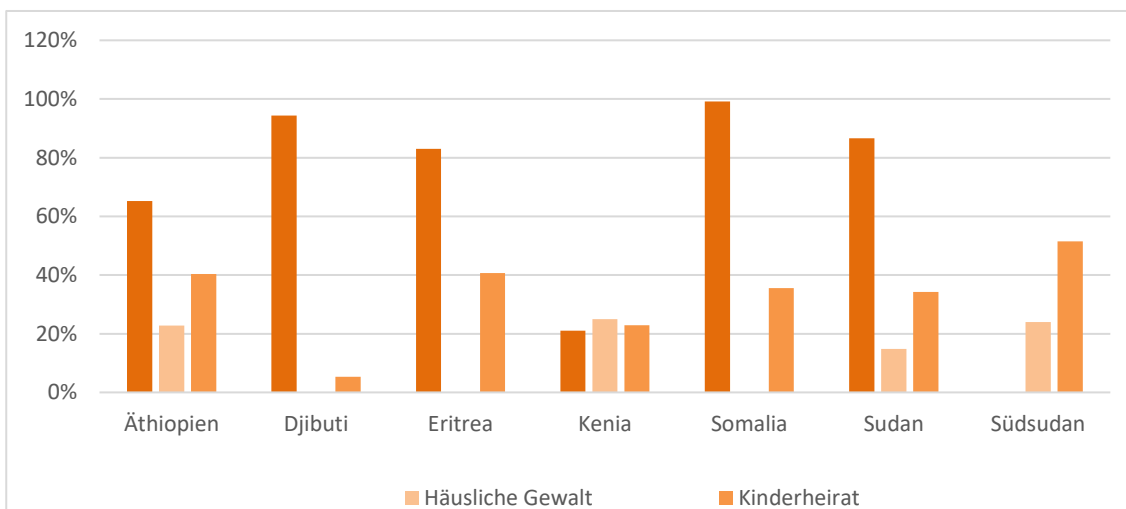
Äthiopien hat auf internationaler Ebene fast alle wichtigen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) sowie zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Convention on the Rights of the Child – letztere inklusive ihren Fakultativprotokollen. Auf nationaler Ebene ist die Umsetzung bestehender Schutzmechanismen durch die Behörden jedoch unzureichend.

Geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt (GBV/SGBV) ist weiterhin weit verbreitet und hat insbesondere im Zuge des Tigray-Konflikts extreme Ausmaße angenommen. Zwar sind Vergewaltigung und häusliche Gewalt strafbar, eheliche Vergewaltigung jedoch nicht. Die Prävalenz ist in beiden Fällen sehr hoch: Ein systematisches Review (2015) zeigt

Lebenszeitraten von 31–76,5 % für körperliche und 19–59 % für sexuelle Gewalt in Partnerschaften. Eine Metaanalyse (2025) kommt auf eine durchschnittliche GBV-Prävalenz von 51,3 %. Für den Tigray-Konflikt wird geschätzt, dass fast jede zweite Frau sexualisierte oder andere schwere Gewalt erfahren hat. Für 2021 wurden in einer Studie 62 Femizide dokumentiert (10,7 % der gerichtsmedizinisch erfassten Tötungen an Frauen). Gleichzeitig bleibt GBV stark unterberichtet: Aktuelle Umfragen von Afrobarometer zeigen, dass Stigmatisierung weit verbreitet ist und 63 % GBV als private Familienangelegenheit betrachten – trotz grundsätzlich vorhandenen Vertrauens darein, dass die Polizei gemeldete Fälle ernst nehmen. Parallel wurden Unterstützungsstrukturen ausgebaut: Die Abdeckung von „One-Stop-Centern“ (medizinische, psychosoziale und rechtliche Hilfe) stieg auf 35 %, es existieren rund 26 Notunterkünfte sowie vier nationale Hotlines (Abdeckung ca. 59 %).

Die Rechte von LGBTQIA+-Personen sind stark eingeschränkt. Gleichgeschlechtliche Handlungen sind strafbar und können mit mehrjährigen Haftstrafen geahndet werden; rechtliche Anerkennung nicht-binärer Identitäten oder Schutz vor Diskriminierung existieren nicht. Auch Konversionstherapien sind nicht verboten. Neben hoher gesellschaftlicher Stigmatisierung kommt es zu staatlichen Repressionen: Noch im August 2023 führten Sicherheitskräfte bspw. Razzien in Addis Abeba durch, während Behörden öffentlich zur Denunziation aufriefen. Im Equaldex-Ranking erreicht Äthiopien lediglich 12 von 100 Punkten (rechtlich: 10 Punkte; Rang 171 weltweit).

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Quelle: *United Nations Population Fund; GBV Data explorer*

Auch im Bereich Kinderrechte bestehen erhebliche Defizite. 2016 waren 40 % (19,9 Mio.) der Frauen im Alter von 20 – 24 Jahren vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet worden, 14 % (8,7 Mio.) sogar vor dem 15. Lebensjahr. Zwar sind die Raten seit 1991 deutlich gesunken, bleiben jedoch (wie in der gesamten Region) ausgesprochen hoch. Weibliche Genitalverstümmelung ist trotz Verbots weiterhin weit verbreitet: Rund 65 % der Frauen (15 – 49 Jahre) sind betroffen, in einigen Regionen über 90 %. Rückgänge bei jüngeren Kohorten (15 – 19 Jahre: 47 %) deuten jedoch auf einen langsamen Wandel hin. Beide Praktiken konzentrieren sich stärker in ärmeren Regionen. Kinderarbeit bleibt ebenfalls ein zentrales Problem: 2024 arbeiteten 24,3 % der 5- bis 14-Jährigen (6,76 Mio.), überwiegend in der Landwirtschaft; eine weitere halbe Million Minderjähriger (7,8 % der 15- bis 17-Jährigen) waren in besonders

gefährlichen Tätigkeiten beschäftigt. Zudem gab es zuletzt Berichte über die Rekrutierung von mindestens 14 Kindersoldaten durch staatliche Sicherheitskräfte.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Over the past two years (2021 – 2023), Ethiopia has been gripped by civil conflicts, which have undone the advancements brought about by the bold political and economic reforms initiated by Prime Minister Abiy Ahmed in 2018. In the northern regions of Ethiopia, including Amhara, Afar and Tigray, a conflict erupted between the federal government and its allies from the Amhara region and the Tigray People's Liberation Front (TPLF). This conflict has resulted in extensive damage to infrastructure and a devastating loss of life. Simultaneously, an insurgency led by the Oromo Liberation Army (OLA) gained momentum in western and southern parts of the Oromia region. Additionally, ethnic-based conflicts erupted in various parts of the country, putting immense pressure on the federal government. The armed conflict between the TPLF and the federal government persisted until they signed a peace agreement in November 2022, marking the end of a destructive conflict and initiating a challenging path to recovery for the Tigray region. Meanwhile, the insurgency in Oromia continued to expand, drawing in more actors and exacerbating existing political divisions. Despite the overall instability, Ethiopia managed to conduct its national elections relatively peacefully, with the second round of voting occurring on September 30, 2021. The Prosperity Party, the incumbent ruling party, secured a significant victory, solidifying its position in steering Ethiopia's political and economic development. However, elections held in the Tigray region on September 9, 2020, by the TPLF in defiance of the federal government were invalidated. No plans for subsequent elections in the Tigray region have been announced due to the ongoing conflict.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/ETH>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Äthiopien 38 von 100 möglichen Punkten (2024: 37 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Kasachstan oder Suriname. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

Spannungen und innere Konflikte

Seinem laut Verfassung demokratischen Charakter wird Äthiopien nur sehr eingeschränkt gerecht. Äthiopien ist ein föderaler Bundesstaat mit zehn Verwaltungsregionen sowie zwei selbstverwalteten Städten, in dem rund 80 ethnische Gruppen leben und mehr als 80 Sprachen gesprochen werden. Die größten ethnischen Gruppen bilden die Omoros (32,1 Prozent) und die Amharen (30,1 Prozent) sowie die Tigriner (6,2 Prozent) und Somalis (5,9 Prozent). Die schlechte Menschenrechtslage und innenpolitische Spannungen im Land bergen zahlreiche Konfliktpotenziale.

Zu den bedeutenden internen Konflikten gehörten die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia. Die äthiopische Regierung stufte beide Organisationen im Jahr 2011 als terroristisch ein. Mit dem Amtsantritt von Premierminister Abiy Ahmed Ali leitete die Regierung jedoch einen Versöhnungs- und

Amnestieprozess ein, in dessen Verlauf sie Ginbot 7, die OLF und die ONLF von der Terrorliste strich. Die OLF erklärte daraufhin offiziell den bewaffneten Kampf für beendet und wandelte sich in eine legale politische Partei um. Dennoch blieben bewaffnete Splittergruppen – insbesondere die Oromo Liberation Army (OLA) – aktiv, was vor allem im Südwesten des Landes weiterhin zu Unsicherheit und Gewalt beitrug. Die Rückkehr ehemaliger Kämpfer:innen verstärkte zudem regionale Spannungen und ethnische Auseinandersetzungen.

Mit der Liberalisierung des politischen Systems und der Auflösung der vormaligen Einheitspartei (der Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front; EPRDF) im Jahr 2019 verstärkten sich die inneren Konflikte jedoch wieder. Die EPRDF war ein Sammelbündnis regionaler Parteien, wurde jedoch seit langem durch die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) dominiert. Dennoch besaß sie eine integrative Wirkung. Nach ihrer Auflösung intensivierte sich insbesondere der Konflikt zwischen der Zentralregierung unter Premierminister Abiy Ahmed und seiner neu gegründeten Prosperity Party (PP) auf der einen sowie der nun oppositionellen TPLF auf der anderen Seite.

Als die Regierung die für Juni 2020 geplanten nationalen Wahlen aufgrund der Covid-19-Pandemie auf das Jahr 2021 verschob, eskalierte der Konflikt. Die Regionalregierung von Tigray organisierte daraufhin eigenständig Wahlen, die die TPLF mit deutlichem Vorsprung gewann. Die Zentralregierung erkannte diese Wahlen jedoch nicht an. In der Folge entwickelte sich der sogenannte Tigray-Konflikt.

Neben dem bewaffneten Konflikt in Tigray stellten auch ethnische Gewalt in Teilen der Region Benishangul-Gumuz erhebliche sicherheitspolitische Herausforderungen dar. In diesen Zusammenhängen begingen alle Konfliktparteien wiederholt schwere Menschenrechtsverletzungen. Auch ältere Konfliktlinien, insbesondere in der Somali-Region (Ogaden) sowie in Teilen Oromias, prägen weiterhin die innenpolitische Konfliktlandschaft Äthiopiens.

Tigray Konflikt

Wie eingangs dargestellt, entwickelte sich der Tigray-Konflikt im Zuge des von Premierminister Abiy Ahmed angestoßenen politischen Reformprozesses und der Auflösung der ehemaligen Einheitspartei EPRDF. Drei der vier im Parteienbündnis vertretenen Organisationen – mit Ausnahme der Tigray People's Liberation Front (TPLF) – schlossen sich der neu gegründeten Wohlstandspartei (PP) an. Dadurch geriet die TPLF nach Jahren politischer Dominanz ins Abseits. Als Reaktion organisierte die TPLF eigenmächtig Regionalwahlen in Tigray, die sie mit deutlichem Vorsprung gewann. Die Zentralregierung erklärte diese Wahlen jedoch für illegal. Nachdem es Anfang November zu Angriffen auf Armeeposten der äthiopischen Streitkräfte gekommen war, verhängte die Bundesregierung einen sechsmonatigen Ausnahmezustand über die Region, erklärte die Regionalregierung von Tigray für aufgelöst und entsandte zusätzliche Truppen.

Im Verlauf des Jahres 2020 lieferten sich die regionalen Streit- und Polizeikräfte Tigrays intensive Gefechte mit den nationalen Streitkräften Äthiopiens, die dabei Unterstützung durch die Streitkräfte des benachbarten Eritrea erhielten. Über weite Teile des Jahres befand sich Tigray faktisch im Belagerungszustand, was die humanitäre Lage in der Region massiv verschärfte. Am 28. Juni 2021 eroberten TPLF-Kämpfer:innen die zuvor von den äthiopischen Streitkräften kontrollierte Regionalhauptstadt Mek'ele zurück und leiteten eine Offensive in Richtung der Hauptstadt Addis Abeba ein. An dieser Offensive beteiligte sich auch die Oromo Liberation Army (OLA). Insgesamt kamen im Verlauf des Konflikts allein durch direkte Kampfhandlungen mehr als 100.000 Menschen ums Leben. Im November 2022 verkündeten die Konfliktparteien einen Waffenstillstand, dessen langfristige Tragfähigkeit jedoch

ungewiss blieb. Im Februar 2025 schürten interne Machtkämpfe innerhalb der TPLF erneut Befürchtungen vor einem Wiederaufflammen des Konflikts.

Mangelhaftes Ressourcenmanagement

Wiederkehrende Perioden von Dürre und Hunger schwächen zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Äthiopien. Seit mehreren Jahren tragen vor allem Angehörige der Afar, Oromo, Argobba und Issa-Somali im Norden, Ogaden-Gruppen im Osten sowie Bevölkerungsgruppen in Gambella und Benishangul-Gumuz im Westen Konflikte um Grenzen, Land und Wasser aus.

Diese Auseinandersetzungen verschärfen sich durch eine wenig nachhaltige Nutzung von Land- und Wasserressourcen. Insbesondere im Rift Valley und im Omo-Delta verkauft der Staat zunehmend Landflächen an internationale Investoren, die ihre landwirtschaftliche Produktion auf den Export ausrichten, etwa nach Europa oder auf die arabische Halbinsel. Zugleich verschärfen politische Fehlentscheidungen und wirtschaftliches Missmanagement den Umgang mit Wasserressourcen. Obwohl Äthiopien aufgrund seiner Lage am Blauen Nil über erhebliche Wasserressourcen verfügt, ermöglicht der Staat nur rund einem Viertel der ländlichen Bevölkerung den Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Wiederkehrende Dürren verstärken diese Problemlage zusätzlich, doch vor allem politische Versäumnisse treiben die Ressourcenknappheit voran. Der Staat investiert bislang unzureichend in eine flächendeckende Wasserinfrastruktur und in Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft. Dadurch heizen staatliche Entscheidungen und strukturelle Defizite Ressourcenkonflikte weiter an und fördern soziale Spannungen.

Konflikt mit der Somali-Region Ogaden

Ende November 2015 begannen in mehreren Städten der Region Oromia Massendemonstrationen. Die Protestbewegung weitete sich in der Folge auf die gesamte Region aus und erreichte schließlich auch das unmittelbare Umfeld der Hauptstadt Addis Abeba. Unabhängig davon erschüttern immer wieder Unruhen insbesondere die Randgebiete Äthiopiens. In der Somali-Region (Ogaden) im Osten führt die äthiopische Armee bewaffnete Einsätze gegen Mitglieder der ONLF durch. Der bewaffnete Konflikt zwischen dem äthiopischen Staat und der überwiegend von Somali bewohnten Region Ogaden besteht seit mehr als fünf Jahrzehnten.

Die Region gehört seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu Äthiopien. Mit dem wachsenden Einfluss europäischer Kolonialmächte zu Beginn des 20. Jahrhunderts verschob sich jedoch die politische Zugehörigkeit der Region, da sowohl Äthiopien als auch Somalia territoriale Ansprüche erhoben. Die Bevölkerung Ogadens besteht überwiegend aus (äthiopischen) Somali, die dem Klan der Ogadeni-Darod angehören. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts verfolgen Teile dieser Bevölkerung das Ziel, gemeinsam mit dem Nachbarstaat Somalia ein Großsomalien zu errichten. Diese Bestrebungen begründeten einen langanhaltenden Widerstand gegen die Zentralregierung in Addis Abeba. Den Höhepunkt der gewaltsamen Auseinandersetzungen bildete der Ogadenkrieg der Jahre 1977/78.

Im Jahr 1993 etablierte die äthiopische Regierung den Somali National Regional State (SNRS) als autonome Region, der alle somalisprachigen Gebiete Ogadens umfasste. Der neue Regionalstatus sollte unter anderem den Gebrauch der somalischen Sprache in öffentlichen Einrichtungen sowie die Wahl politischer Vertreter:innen ermöglichen. Die Erwartungen an die föderale Ordnung, die mit der Verfassung von 1995 in Kraft trat, erfüllten sich jedoch nicht. In der Folge formierte sich erneut bewaffneter Widerstand, insbesondere durch

die separatistische ONLF, die sich bereits seit 1991 entwickelt hatte. Diese Miliz verfolgt bis heute das Ziel der Unabhängigkeit Ogadens.

Ab dem Jahr 2007 intensivierte sich die Gewalt, unter anderem durch Anschläge auf Militäreinrichtungen und Ölförderanlagen. Die äthiopische Regierung stufte die ONLF im Jahr 2011 als Terrororganisation ein. Zwar führten die Regierung und die ONLF im Jahr 2012 Gespräche in Kenia, diese blieben jedoch ohne Ergebnis. Im Oktober 2013 verübte die ONLF eine Serie von Angriffen auf Einheiten des äthiopischen Militärs, bei denen insgesamt 24 Soldat:innen starben. Im Juni 2014 entführten Unbekannte zwei ONLF-Mitglieder in Kenia und lieferten sie an Äthiopien aus, wo sie bis Juni 2015 inhaftiert blieben.

Unter Premierminister Abiy Ahmed Ali leitete die Regierung schließlich einen Versöhnungs- und Amnestieprozess ein und strich die ONLF von der Liste terroristischer Organisationen. Diese Entscheidung entspannte die Lage jedoch nicht nachhaltig, sondern führte in Teilen der Region zu neuen Spannungen.

Konflikt mit der Region Oromia

Die Region Oromia bildet eine weitere der neun Verwaltungsregionen Äthiopiens. Hier kämpfte die Oromo Liberation Front (OLF) von 1973 bis einschließlich 2018 für die Unabhängigkeit der Oromo, einer ethnischen Gruppe, die sich vom äthiopischen Staat politisch und wirtschaftlich benachteiligt fühlt. Mit einem Bevölkerungsanteil von mindestens 32 Prozent stellen die Oromo die größte ethnische Gruppe des Landes. Da die OLF innerhalb Äthiopiens nur begrenzte Handlungsspielräume besaß, verlagerte sie einen Großteil ihrer Aktivitäten nach Eritrea.

Beobachter:innen warfen der OLF wiederholt Massaker und terroristische Anschläge in Äthiopien, Kenia und Somalia vor, was die Organisation jedoch bestritt. Am 23. Juni 2018 verübten OLF-nahe Akteure einen Anschlag in Addis Abeba, bei dem zwei Menschen starben und mehr als 150 verletzt wurden. Im August 2018 beendeten die OLF und die äthiopische Regierung den Konflikt offiziell durch ein Friedensabkommen.

Im Jahr 2021 schloss sich die Oromo Liberation Army (OLA), der bewaffnete Flügel der OLF, jedoch mit der Tigray People's Liberation Front (TPLF) zusammen und unterstützte deren Offensive in Richtung der Hauptstadt Addis Abeba. Dadurch gewann der Konflikt erneut an Dynamik und sicherheitspolitischer Bedeutung. Seit einem Friedensabkommen zwischen der OLA beziehungsweise der OLF und der äthiopischen Regierung vom 1. Dezember 2024 ist die Gewalt jedoch deutlich zurückgegangen.

Krise in der Amhara Region

Im April 2023 brach zudem in der Region Amhara ein bewaffneter Konflikt aus, woraufhin die Regierung den Notstand ausrief. Inzwischen gilt Amhara als die instabilste Region des Landes. Die anhaltende Unsicherheit gefährdet sowohl die Regierung als auch die gesamtstaatliche Stabilität Äthiopiens. Im August 2023 erreichte die Gewalt einen vorläufigen Höhepunkt: Innerhalb nur einer Woche registrierte ACLED 30 Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Fano-Milizen.

Auslöser des Konfliktes zwischen der Regierung und ethnischen Fano und Amhara waren kontroverse Pläne der Regierung Anfang 2023, regionale Spezialkräfte in andere Sicherheitsinstitutionen zu integrieren. Die Spannungen eskalierten weiter, nachdem die Regierung die Streitkräfte anwies, aktiv gegen sogenannte „extremistische“ Elemente vorzugehen. Zuvor hatte eine bislang nicht identifizierte bewaffnete Gruppe Ende April den Vorsitzenden der Amhara-Wohlfahrtspartei getötet. Milizen aus ethnischen Fano- und Amhara-Gruppen fordern seither den Abzug der Regierungstruppen aus der Region. Zugleich werfen sie der

Zentralregierung und der Regionalregierung vor, von ethnischen Oromo dominiert zu werden. Darüber hinaus verlangen sie, dass die Gebiete Welkait, Tselemt, Humera und Raya – Teile der Region Tigray mit einem hohen Anteil ethnischer Amhara – offiziell der Regionalregierung von Amhara unterstellt werden.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Äthiopien liegt im Osten Afrikas und wird von sechs Nachbarstaaten umschlossen. Im Norden grenzt es an Eritrea, im Westen an den Sudan und Südsudan, im Süden an Kenia und im Osten an Somalia und Djibouti. Seit der Unabhängigkeit Eritreas (1993) verfügt Äthiopien nicht mehr über einen Zugang zum Roten Meer.

Politische Situation in der Region

Die politische Lage am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt geprägt. Entscheidend sind die Sicherheitslage in Somalia, die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea, die sich seit dem historischen Friedensschluss 2018 entspannten.

Äthiopien galt lange als strategisch wichtiger Partner der USA und als Schlüsselakteur im Kampf gegen regionalen und internationalen Terrorismus. International wird die Regionalmacht überwiegend als Stabilitätsfaktor und Konfliktschlichter gesehen. Nachbarstaaten nehmen Addis Abebas Politik jedoch oft als bedrohlich wahr, da es sich aus Eigeninteressen heraus an Konflikten beteiligt. Mit steigenden internen Spannungen und eskalierenden Konflikten verschiebt sich diese Situation jedoch allmählich.

Das Nachbarland **Somalia** ist seit über zwanzig Jahren stark fragmentiert und gilt als „gescheiterter Staat“. Dort prägen Piraterie im Golf von Aden, radikal-islamistische Kräfte und wiederkehrende Hungersnöte die Lage. Seit August 2012 regiert allerdings wieder eine „permanente“ Regierung in Mogadischu, die von westlichen Staaten und afrikanischen Staaten – darunter auch Äthiopien – im Kampf gegen al-Shabaab unterstützt wird. Der anfängliche Optimismus unter Präsident Hassan Sheikh Mahamoud hielt jedoch nur bis Mitte 2013 an. Schnell zeigte sich, dass es der Regierung nicht gelingt, die Sicherheitslage in Mogadischu zu verbessern. Die Terrororganisation al-Shabaab kontrollierte trotz einer erheblichen Ausweitung und personellen Verstärkung der AU-Mission in Somalia (AMISOM) weiterhin Gebiete im Süden (hier kontrolliert sie auch 2026 noch einige Gebiete) sowie im Umland Mogadischus. Bereits im Februar 2012 schloss sie sich offiziell dem Al-Qaida-Netzwerk an. Im November 2015 verübte sie einen schweren Anschlag auf ein Hotel in Mogadischu, bei dem 15 Menschen starben. Ähnliche Anschläge verübte die Gruppe in den Jahren 2017, 2020, 2021 und zuletzt im August 2024. Etwa seit der AMISOM-Nachfolgemission ATMIS (seit April 2022) beschränkt sich der Einfluss al-Shabaabs vornehmlich auf Erpressung und illegale Besteuerung der lokalen Wirtschaft – die Terrororganisation ist weiterhin aber ein großer destabilisierender Faktor. Laut UN-Sicherheitsrat verfügte al-Shabaab noch im Januar 2024 über 7.000 – 12.000 Kämpfer:innen. Die Gruppe verübt weiterhin komplexe Terrorattacken in Somalia und zunehmend auch im Ausland. Zum Beginn 2025 wurde ATMIS erneut in eine (auf zwei Jahre angesetzte) Nachfolgemission überführt: Die African Union Support and Stabilization Mission in Somalia (AUSSOM) soll die Verantwortlichkeit für die Sicherheit schrittweise an die somalischen Streitkräfte übergeben. Auch eine parallele UN-Mission (UNSOM) wurde zum November 2024 in eine „Transitional Assistance Mission“ (UNTMIS) überführt

(angesetzt bis Oktober 2026). Diese Änderungen spiegeln einerseits die Erfolge der letzten Jahre in Somalia wider. Andererseits scheint die Miliz seit 2025 wieder deutlich auf dem Vormarsch zu sein und der Staat schaffte es teils nicht, zurückeroberte Gebiete langfristig zu halten.

Auch in dem seit 2011 unabhängigen **Südsudan** ist die Lage weiterhin angespannt und ein Frieden in weite Ferne gerückt. Unstimmigkeiten in der regierenden Partei SPLM führten im Dezember 2013 zu einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt innerhalb der staatlichen Sudan People's Liberation Army (SPLA). Bis heute halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der auf Seiten der Regierung von Präsident Salva Kiir agierenden SPLA und der Sudan People's Liberation Army in Opposition (SPLA-IO) auf Seiten des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar an. Noch im Januar 2026 rief SPLA-IO zum „Marsch auf Juba“ auf, nachdem sie die strategisch wichtige Stadt Pajut eroberte. An der Grenze zum Sudan kämpfen darüber hinaus beide Staaten seit Februar 2022 auch mit militärischen Mitteln um das ölfreiche Gebiet Abyei, dessen Zugehörigkeit bereits seit der Unabhängigkeit umstritten ist, de facto aber von Südsudan kontrolliert wird. 2011 etablierte die UN sowohl eine Stabilisierungsmission für dieses Gebiet (UNISFA; aktuell rund 3.000 Soldat:innen) als auch für Südsudan im Generellen (UNMISS; aktuell rund 13.820 Soldat:innen).

Im **Sudan** führten Proteste gegen staatliche Repression, Preissteigerungen und Sparmaßnahmen der Regierung seit 2012 wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, etwa in der Hauptstadt Khartum (bspw. 2014). Diese wurden von staatlichen Sicherheitskräften gewaltsam unterdrückt. 2018-2019 starben bei solchen Protesten mehr als 30 Menschen. Auch in Darfur herrschten weiterhin militärische Konflikte und Banditentum. Im April 2023 eskalierten Spannungen innerhalb der Regierung, die 2011 die Macht in einem Staatsstreich übernommen hatte, endgültig. Seither herrscht ein verheerender Bürgerkrieg im Sudan. Bis Mitte 2025 flüchteten rund 15 Millionen Menschen; 25 Millionen Menschen mangelt es an Nahrungsmitteln. Schätzungen zufolge starben bereits zwischen 20.000 und 150.000 Menschen – viele davon aufgrund von Hunger und Krankheit. Die Situation gilt mittlerweile als die verheerendste humanitäre Katastrophe weltweit: 2026 werden schätzungsweise rund 34 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Die UN beendete im Dezember 2023 auf Bitten der sudanesischen Führung die Mission UNITAMS, die den Sudan seit 2020 bei der demokratischen Transition unterstützen sollte und die zuvor bestehende UN-AU-Mission UNAMID ersetzt hatte.

Die Konflikte in Somalia und Südsudan gefährden Äthiopien direkt: al-Shabaab operiert an den Grenzen und droht Vergeltung wegen äthiopischer Truppenentsendungen Kooperation mit der Zentralregierung in Mogadischu. Die poröse Grenze zwischen Gambella und Jonglei (zum Südsudan) erhöht zudem die Gefahr eines Übergreifens von Gewalt. Äthiopien vermittelt seit Jahren zwischen Sudan und Südsudan. Zusätzlich beherbergt es Ende 2023 über 2,2 Millionen Geflüchtete aus dem Südsudan und 50.000–70.000 aus dem Sudan.

Grenzkonflikte

Nach einem dreißigjährigen Unabhängigkeitskampf zwischen Eritrea und Äthiopien entstand 1993 der eigenständige Staat Eritrea. 1998 mündete dieser in einem erneuten, bis zum Jahr 2000 anhaltenden Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea. Der Internationale Gerichtshof entschied 2002 im Grenzkonflikt zugunsten Eritreas, indem er Eritrea den Ort Badme zusprach. Äthiopien erkennt das Urteil jedoch nicht an. In den Folgejahren kam es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen äthiopischen und eritreischen Akteuren. 2018 beendeten Eritrea und Äthiopien die Feindseligkeiten durch einen Friedensvertrag. Im

Rahmen dieses Abkommens trat Äthiopien die Stadt Badme an Eritrea ab, beide Länder nahmen diplomatische Beziehungen auf und öffneten ihre gemeinsame Grenze.

Zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens (Ägypten, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda) herrscht aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs ein Streit um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses. Insbesondere zwischen Äthiopien und Ägypten schwelte ein Konflikt, da die äthiopische Regierung den Bau eines Riesenstaudamms (GERD) vorantrieb, durch den sich Ägypten in seiner Existenz bedroht sah. Sudan vermittelte über zwei Jahre zwischen Ägypten und Äthiopien. Schließlich akzeptierte Ägypten, dass der Renaissance-Staudamm am Blauen Nil mehr Nutzen als Schaden bringen könnte. Im März 2015 verständigten sich die Präsidenten Ägyptens, Äthiopiens und Sudans in der „Khartum-Erklärung“ auf gemeinsame Prinzipien der Kooperation am Blauen Nil. Diese Vereinbarung sollte den Rahmen für eine kooperative Nutzung der Nilwasserressourcen bilden. Dennoch flammt der Streit um den GERD immer wieder auf, auch mit dem Vorwurf, Ägypten habe Parteien im Tigray-Konflikt unterstützt – was Spannungen zusätzlich befeuert. Der Staudamm soll den Blauen Nil auf knapp zwei Kilometer Länge aufstauen und mit seinen Turbinen bis zu 6.000 Megawatt Strom erzeugen. Bis 2025 wurde aber keine abschließende multilaterale Einigung erzielt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Derzeit sind keine alliierten Militäreinheiten in Äthiopien stationiert. Zwischen 2011 und Januar 2016 nutzte die US-Armee jedoch äthiopisches Territorium für den Einsatz mehrerer MQ-9-Reaper-Drohnen. Diese unterstützten im Rahmen der regionalen Kooperation den Kampf gegen die somalische Terrormiliz al-Shabaab. Anfang 2016 stellte die US-Armee die Drohnenoperationen auf Bitte der äthiopischen Regierung ein. Expert:innen führen die überraschende Schließung der Basis in Arba Minch unter anderem auf politische Differenzen zwischen den USA und Äthiopien zurück.

In Äthiopiens unmittelbarer Nachbarschaft sind aber weiterhin zahlreiche internationale Friedensmissionen aktiv. In Sudan, Südsudan und Somalia operieren Truppen unter Mandaten der Afrikanischen sowie der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Darunter bspw. UNISFA (in der Region Abyei zwischen Sudan und Südsudan), UNMISS (im Südsudan) sowie in Somalia AMISOM (beziehungsweise seit 2022 ATMIS / seit 2025 AUSSOM), ergänzt durch UNSOM (bzw. seit Ende 2024 UNTMIS), EUTM Somalia und EUCAP Somalia. Einen Überblick über diese multilateralen Missionen bietet eine aktuelle Karte des SIPRI ([2025](#)).

Die Bundeswehr beteiligt sich bspw. an UNMISS und beteiligte sich bis 2020 an UNAMID (zivile Kräfte beteiligen sich bis zur Beendigung im Dezember 2023 auch an der Nachfolge-mission UNITAMS im Sudan), von 2010 bis 2018 an der Ausbildungsmission EUTM Somalia und von 2012 bis 2015 an der Vorgängermission der EUCAP Somalia (EUCAP Nestor).

An UNMISS beteiligen sich neben Deutschland derzeit unter anderem auch Finnland, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Großbritannien, die Türkei, Schweden und die USA. An der UN Interim Security Force for Abyei (UNISFA) beteiligen sich derzeit fast keine alliierten Streitkräfte (außer wenigen türkischen Soldat:innen), aber rund 3.000 Streitkräfte, die aus Afrika, Asien und Südamerika entsandt wurden. Großbritannien beteiligt sich zudem an UN-SOS – dem UN Support Office für die Unterstützung der AMISOM/ATMIS/AUSSOM. Zudem sind zahlreiche Kräfte aus europäischen und NATO-Ländern im Rahmen der EUTM Somalia in der Region stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 12

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist dem bislang jüngsten internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen, der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklearterrorismus von 2007, bislang nicht beigetreten. Auch zwei frühere Konventionen aus den Jahren 1987 und 1998 hat das Land nicht unterzeichnet, während es allen übrigen einschlägigen Abkommen angehört. Die äthiopische Regierung begründet ihre sicherheitspolitische Haltung mit der anhaltenden Präsenz islamistischer Terrorgruppen in Somalia und der Sorge vor einem Übergreifen terroristischer Gewalt auf äthiopisches Territorium. Diese Bedrohungswahrnehmung verstärkt sich durch die militärische Beteiligung Äthiopiens an internationalen Friedensmissionen in Somalia, wo insbesondere die radikal-islamistische Miliz al-Shabaab seit Jahren aktiv ist.

Nach dem Anschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum im benachbarten Kenia im September 2013 verhinderten äthiopische Sicherheitskräfte nur einen Monat später einen Bombenanschlag in Addis Abeba. Im Juni 2014 meldete das staatliche Fernsehen die Festnahme eines mutmaßlich von al-Shabaab rekrutierten Terroristen, der Anschläge im Land geplant haben soll. In den folgenden Jahren setzte sich die Gewalt fort: Im Juli und November 2015 bekannte sich al-Shabaab zu zwei Anschlägen auf ein Hotel in Mogadischu, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Ähnliche Attacken auf Hotels ereigneten sich 2017, 2020, 2021 und zuletzt im August 2024. Bei dem jüngsten Anschlag starben 32 Menschen, mehr als 63 weitere wurden verletzt.

Neben al-Shabaab ist auch die somalische Terrororganisation al-Ittihad al-Islamiyya (AIAI) in der Region aktiv. Die staatliche Fokussierung auf Terrorismus ging zeitweise mit einer zunehmenden Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher und verschärfte soziale Spannungen. Angehörige der muslimischen Glaubensgemeinschaft, die rund 34 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, gerieten wiederholt unter Generalverdacht,

radikalen Strömungen anzugehören oder eine Islamisierung des Staates anzustreben. In der Vergangenheit protestierten muslimische Gemeinschaften mehrfach gegen staatliche Eingriffe in religiöse Angelegenheiten. Inzwischen hat sich diese Dynamik abgeschwächt. Heute besetzen muslimische Politiker:innen nahezu die Hälfte der Kabinettsposten. Insgesamt gelten äthiopische Muslim:innen als vergleichsweise wenig anfällig für islamistischen Fundamentalismus. Wahrscheinlicher ist vielmehr, dass frühere Regierungen Terrorismusnarrative gezielt nutzten, um oppositionelle Stimmen in digitalen und traditionellen Medien zu delegitimieren und zu unterdrücken.

Regional beteiligt sich Äthiopien nicht nur an militärischen, sondern auch institutionellen Initiativen zur Eindämmung des Terrorismus sowie Prävention oder zum Informationsaustausch. So beteiligt es sich bspw. an der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) und hierunter fallenden Initiativen, wie dem Center of Excellence for Preventing and Countering Violent Extremism (ICEPCVE) und dem Security Sector Program (ISSP). Auch kooperiert Äthiopien mit dem Counter-Terrorism Committee Executive Directorate (CTED) der UN.

Internationale Kriminalität

Tabelle 13

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist der internationalen Konvention zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowie den zugehörigen Zusatzprotokollen beigetreten. Dies ist besonders bedeutend vor dem Hintergrund, dass Äthiopien, wie der gesamte ostafrikanische Raum, erheblich von dem Problem der transnationalen organisierten Kriminalität betroffen ist, insbesondere in Hinblick auf Menschenhandel. Laut Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) transportierten Schlepper:innen allein zwischen 2009 und 2013 zwischen 25.000 und 30.000 Menschen aus Äthiopien über den Golf von Aden und das Rote Meer, um von dort u. a. nach Saudi-Arabien, Israel oder Europa zu gelangen. Viele Opfer gerieten in die Hände krimineller Netzwerke, die sie misshandelten (Schläge, Vergewaltigungen), gefangen hielten und hohe Lösegelder von Angehörigen erpressten.

Seit den 1980er Jahren ist zudem der Heroinschmuggel eine große Herausforderung für Ostafrika, das sowohl als Empfänger- als auch als Transitregion für Ladungen aus

Zentralasien nach West- und Südafrika gilt. In den vergangenen Jahren haben sich zudem der Elfenbeinhandel und Piraterie vor Somalias Küsten weiter ausgeweitet.

Im Organised Crime Index 2025 belegt Äthiopien Platz 14 unter 54 afrikanischen Ländern und Platz 50 von 193 weltweit. Mit einem Score von 6,03 liegt es zwischen Burkina Faso und Tschad. Trotz Fortschritten bleibt Äthiopien ein Herkunfts-, Ziel- und Transitland für Menschenhandel, insbesondere zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsarbeit. Die Fluchtbewegungen im Zuge des Tigray-Konflikts haben die Problematik erheblich verschärft. Auch organisierte Schutzgelderpressung hat in städtischen Gebieten zugenommen. Aufgrund der langen, porösen Grenzen fungiert Äthiopien weiterhin als wichtiges Transitland für Waffen, wobei insbesondere während des Tigray-Konflikts die Einfuhr von Waffen stark zunahm.

Tabelle 14

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Äthiopien übermittelt weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten oder -exporten noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Einen „*National Report on the implementation of the Programme of Action on small arms and light weapons (PoA) and the International Tracing Instrument (ITI)*“ reichte das Land bisher vier mal, insgesamt aber sehr unregelmäßig ein – zuletzt jedoch im Jahr 2024. Da das Land dem Internationalen Waffenhandelsvertrag nicht beigetreten ist, unterliegt es hier keiner Berichtspflicht und reicht entsprechend auch keine Berichte ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Äthiopien reguliert die Produktion sowie die Ein- und Ausfuhr von Waffen durch nationale Gesetze. Das Land beteiligt sich außerdem am „Nairobi Protocol for Prevention, Control in Reduction of Small Arms and Light Weapons in the Great Lakes Region and the Horn of Africa“ und zerstörte im Rahmen dieses Abkommens zahlreiche Klein- und Leichtwaffen. Zudem nahm Äthiopien mehrfach Personen fest, die versuchten, illegal Waffen auszuführen. Über die Anwendung der Gesetze in der Praxis ist nur wenig bekannt, die im März 2020 verabschiedete „Firearms Proclamation“ fand jedoch bereits mehrfach Anwendung. Diese verbietet unter anderem den Besitz von mehr als einer Waffe pro Person, die Herstellung und

den Weiterverkauf und sieht entsprechende Gefängnisstrafen vor. Unzureichende Markierungsstandards verhindern den illegalen Export allerdings nicht, besonders von Klein- und Leichtwaffen. Trotz grundsätzlich guter formaler Standards ist der Schmuggel insb. in Grenzregionen weit verbreitet – vor allem zwischen Sudan und Äthiopien sowie zwischen Äthiopien und Eritrea.

2006 klagten 83 somalische Anwält:innen im Exil Äthiopien an, paramilitärische Gruppen in Somalia illegal mit Waffen zu versorgen und so ein damals seit 13 Jahren geltendes UN-Embargo zu verletzen. Das Parlament dementierte diesen Vorwurf, Äthiopien setzte sich aber gleichzeitig seit Jahren für eine Aufhebung des Embargos ein. Die UN hob dieses im Dezember 2023 nach 31 Jahren auf. Wenige Monate später, im Juli 2024, fingen somalische Milizionäre eine Waffenlieferung ab, die unter anderem Maschinengewehre, Flugabwehrwaffen und Panzerfäuste enthielt. Nach Angaben der Milizionäre stammten die Waffen aus Äthiopien. Auch wenn diese Lieferung aktuell kein Embargo verletzt, bleibt die Aufhebung des Embargos innerhalb der UN kontrovers diskutiert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Vulnerable communities across the country have suffered from economic contraction and a sharp increase in the prices of essential commodities such as fuel, food and fertilizer. This has eroded the progress made over the past decade, with rapid inflation diminishing the purchasing power of Ethiopians. Concerns over the handling of the Tigray conflict led to delays in Ethiopia's debt restructuring and the finalization of loan agreements. The conflict has also disrupted the education of millions of students in affected areas. During this period, Ethiopia has made some moderate progress in opening up its economy to private businesses and competition. In October 2022, Safaricom Ethiopia was granted a nationwide full-service telecommunications license, becoming the first competitor to the state-owned Ethio-Telecom. Additionally, advancements were made in energy production and sustainability, with Ethiopia's Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) starting to generate electric power in February 2022.

Quelle: [BTI 2024 Ethiopia Country Report: BTI 2024 \(bti-project.org\)](#)

Tabelle 15

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

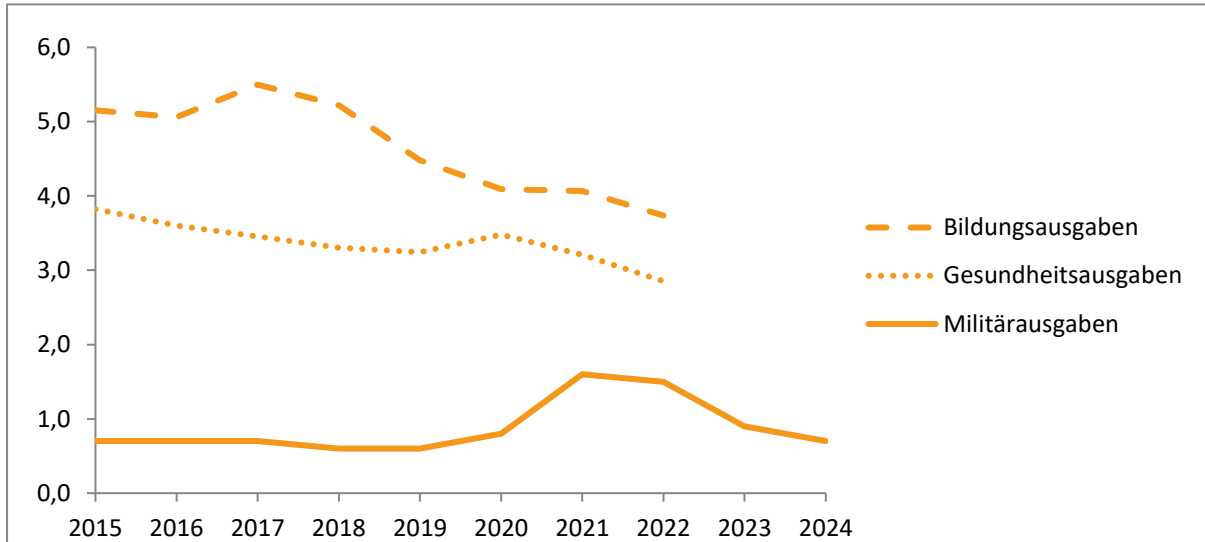
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1067	2229	2210	1409	1119
Militärausgaben/BIP	0,8	1,6	1,5	0,9	0,7
Gesundheitsausgaben/BIP	3,5	3,2	2,9	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,1	4,1	3,7	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung (HIPC-Status)	30377	32364	32000	30637	33290
Anteil am BIP (in Prozent)	31,7	30,1	28,8	24,2	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	2353,4	2475,27	2536,27	2691,92	-
Net ODA (% of GNI)*	2,27	2,19	2,26	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	147	447,78	163,11	252,52	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022). HIPC – Heavily Indebted Poor Countries. Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	70	93	100	82	74
Index-Platzierung	113	82	71	96	107

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Dschibuti	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Eritrea	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Kenia	Militarisierungswert	69	66	58	56	57
	Index-Platzierung	117	118	124	135	130
Somalia	Militarisierungswert	61	61	60	59	67
	Index-Platzierung	126	126	122	130	117
Sudan	Militarisierungswert	102	102	99	87	87
	Index-Platzierung	71	69	74	89	93
Südsudan	Militarisierungswert	137	152	-	132	129
	Index-Platzierung	36	22	-	34	43

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 19**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Djibouti	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Eritrea	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Kenia	Militärausgaben (absolut)	1045	1074	1049	1054	1130
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Somalia	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-

		2020	2021	2022	2023	2024
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,2	1,2	1,3	1,6
Sudan	Militärausgaben (absolut)	1656	977	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	-	-	-
Südsudan	Militärausgaben (absolut)	136	204	533	1076	919
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,5	1,6	2,1	2,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20
Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,482	0,486	0,487	0,494	0,497
HDI-Wert (Männer)	0,510	0,513	0,515	0,522	0,525
HDI-Wert (Frauen)	0,450	0,455	0,454	0,462	0,465
GDI-Wert	0,882	0,886	0,881	0,885	0,886

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/ETH>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 58,5 % sind Frauen (15+ jährige; ILO-Schätzung) deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (78,6 %). Damit liegt Äthiopien aber über dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49 %). Laut Gender Gap Report haben allerdings lediglich 4,5 der Firmen Frauen in Top-Management-Positionen und nur rund 16,5 % der Firmen haben eine weibliche Mehrheitseigentümerschaft. Da ein Großteil der Menschen jedoch im informellen Sektor tätig ist (Frauen zu 87,4 %; Männer zu 83,6 %), ist die Aussagekraft entsprechender Daten allerdings stark eingeschränkt. Insgesamt schneiden Frauen hinsichtlich Gesundheitsindikatoren relativ gut, hinsichtlich Bildung und insb. wirtschaftlicher und politischer Partizipation aber sehr schlecht ab.

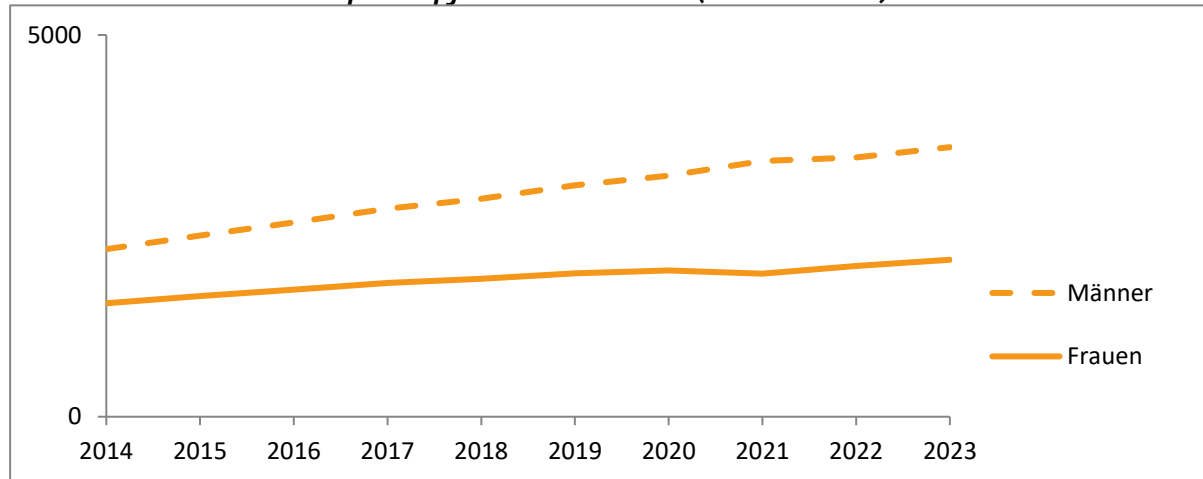
Entsprechende Ungleichheiten zeigen sich bspw. im Gender Development Index (GDI). Laut diesem zählt Äthiopien zur Gruppe der Länder mit „sehr niedriger Gleichheit“ im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,886 liegt Äthiopien deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 0,955. Zwar haben Frauen eine um 6,6 Jahre höhere Lebenserwartung, haben jedoch sowohl hinsichtlich durchschnittlichen Schuldauer (1,5 Jahre weniger),

erwarteter Schuldauer (also durchschnittliche zu erwartende Schuldauer der heute geborenen; 1,1 Jahre weniger) sowie hinsichtlich des Einkommens extrem das Nachsehen. Die Einkommensdisparität ist in der vergangenen Dekade um 766 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) gestiegen und damit sogar relativ betrachtet gewachsen: Lag der relative Anteil von weiblichem Einkommen 2014 noch bei 68 %, gemessen am männlichen Einkommen, so lag er 2023 nur noch bei 58 %. Auch laut Gender Gap Report sind Frauen hinsichtlich aller drei Bildungssektoren schlechter gestellt: im primären und sekundären Sektor werden Mädchen um 5,1 bzw. 1,2 Prozentpunkte seltener eingeschult und auch im tertiären Sektor beginnen sie mit 7,5 % ggü. 12,6 % seltener (ebenfalls 5,1 Prozentpunkte) ein Studium.

Geschlechter-Disparitäten zeigen sich auch im Gender Inequality Index (GII), welcher reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Äthiopien erreicht hier einen Wert von 0,497 und schneidet damit nur relativ leicht unterdurchschnittlich ab (weltweiter Durchschnitt von 0,455). Damit belegt das Land Rang 131 von 172 Ländern. Neben der Benachteiligung bei Bildung und am Arbeitsmarkt ist dies auch auf eine etwas schlechtere politische Repräsentation zurückzuführen: Zu Beginn des Jahres 2025 waren 45,5 % der Ministerien (10 von 22); 41,9 % des Unterhauses bzw. des Parlaments (House of Peoples' Representatives; 202 von 482 Sitzen) und 29,7 % des Oberhauses (House of Federation; 43 von 145 Sitzen) weiblich besetzt. Im Gender Gap Report schneidet Äthiopien in dieser Dimension vor allem schlecht ab, da es in den vergangenen 50 Jahren nur sechs Jahre ein weibliches Staatsoberhaupt hatte.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2026“ zeigt zudem, dass Äthiopien bei der formalen rechtlichen Gleichstellung von Frauen mit 57,2 von 100 Punkten sowohl unter dem globalen Durchschnitt (67), als auch unter dem regionalen (Subsahara-Afrika; 60) liegt. Insb. die rechtliche Unterstützung zu Kinderbetreuung (0 Punkte) sowie der Schutz vor Gewalt gegen Frauen (25 Punkte) schneiden schlecht ab. Volle Punktzahl erreicht Äthiopien hingegen bei Mobilitäts- und Eigentumsrechten für Frauen und mit 75 Punkten ist auch die rechtliche Gleichstellung in der Ehe zu großen Teilen gegeben. Bei den praktischen unterstützenden Rahmenbedingungen – also Politiken, Institutionen und Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellungsregeln – fällt Äthiopien mit lediglich 33 Punkten deutlich hinter den globalen Durchschnitt (46,8) zurück, liegt aber genau im regionalen Durchschnitt (33). Demnach besonders schlecht ausgeprägt sind: Maßnahmen zu Gleichheit am Arbeitsplatz, zu Elternschaft und Kinderpflege (jeweils 0 Punkte) sowie zu Einkommensgleichheit (12,5 Punkte). Insgesamt erlangt Äthiopien nur hinsichtlich Mobilität (100) und Eigentumsrechten (87,5) mehr als 37,5 Punkte. Expert:innen, die die Umsetzung und Wirkung der vorhandenen Regeln bewerten (52,3 Punkte), kommen jedoch zu einem etwas positiveren Schluss und sehen die Rechte insb. in den Bereichen Mobilität, Eigentum, Heirat gut durchgesetzt (81,25 – 100 Punkte). Doch auch hier zeigt sich: Sicherheit von Frauen (12,5) und Kinderbetreuung (0 Punkte) sind dringend verbesserungsbedürftig.

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)

Quellen: Gender Development Index

Zusammenfassung Kriterium 8:

Äthiopien gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.100 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen (low income economy). Äthiopien zählt außerdem zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries). Damit gehört es zu den Letztplatzierten (Rang 126 von 141). Äthiopien gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Mit einem Wert von 0,497 rangiert Äthiopien auf Platz 180 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“.

Die Bildungs- und Gesundheitsausgaben sind in den letzten Jahren gesunken, was die nationalen Nachhaltigkeitsziele weiter gefährdet. Insgesamt gilt jedoch auch die Zuweisung von Ressourcen an das Militär als relativ gering (GMI-Platzierung von 107).

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Äthiopien gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.100 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen (low income economy). Ziel der Regierung war es, bis 2025 den Status einer „lower-middle income economy“ zu erreichen. Ab 1.135 US-Dollar würde es auch als ein solches zählen. Für das Jahr 2026 befindet sich Äthiopien der Weltbank zufolge allerdings, aufgrund sehr hoher Datenunsicherheiten, in einem temporären Status der Nichtklassifizierung. Die Wachstumsraten der vergangenen Jahre lassen jedoch vermuten, dass das Ziel bald erreicht werden könnte.

Äthiopien zählt dennoch zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 24,2 Prozent. Aktuell schuldet Äthiopien dem IWF fast 2,2 Mrd. US-Dollar, nachdem es zum Beginn des Jahres 2026 fast 261 Mio. neue Schulden aufgenommen hatte.

Äthiopiens Wirtschaft erlebte von 2011 bis 2020 mit jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 9,4 Prozent einen starken Aufschwung. Verantwortlich für diesen Zuwachs waren vor allem der Bau- und der Dienstleistungssektor. Seit der COVID-Pandemie wächst das BIP nicht mehr derartig stark; Äthiopien wies 2022 jedoch immer noch ein Wachstum von

5,3 Prozent auf; zuletzt lag es nur im Jahr 2003 darunter. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist mit aktuell 34,8 Prozent sehr hoch. 2021 waren noch 64 Prozent der erwerbstätigen Äthiopier:innen in der Landwirtschaft tätig. Dieser Sektor ist besonders anfällig für Wetter- und Klimarisiken, arbeitsintensiv und erzielt zugleich nur geringe Wertschöpfung. Demnach besteht hier eine klare Vulnerabilität. Sehr wichtig ist mit 37,5 % auch der Dienstleistungssektor. Die Industrie (inkl. Baugewerbe) macht rund 25,4 % des BIP aus; das Verarbeitende Gewerbe nur 4 %. Renten aus der Förderung natürlicher Ressourcen lagen mit 5,9 % und der Exportsektor mit 5,5 % ähnlich gering. Der Exportsektor ist entsprechend sehr gering (allerdings dem Einkommensniveau des Landes entsprechend) diversifiziert und basiert primär auf dem Transportwesen, Tourismus und der Ausfuhr von Kaffee und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,497 rangiert Äthiopien auf Platz 180 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“, wie auch seine Nachbarländer Dschibuti, Eritrea, Sudan und Südsudan. Lediglich Kenia weist dem HDI zufolge eine „mittlere menschliche Entwicklung“ auf. Zum Vergleich: Deutschland liegt 2023 auf dem 5. Platz. Äthiopien gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge im Jahr 2023 4 % bzw. der OECD zufolge im Jahr 2021 2,26 %.

Die Arbeitslosigkeit in Äthiopien lag 2024, Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge, bei 3,4 Prozent – ein niedriger Anteil. 2023 lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 5,6 Prozent. Äthiopien gehört zu den ärmsten Ländern weltweit; 2021 lebten fast 39 % der Äthiopier:innen von weniger als 3,00 US-Dollar am Tag und damit in extremer Armut. Zwar hat sich der Armutsanteil in den letzten Jahrzehnten sehr deutlich verringert (1995 lag der Anteil noch bei 73 %), nachdem der Anteil 2015 aber bereits bei 33 % gelegen hatte, verschlechterte sich die Situation also zuletzt wieder.

Dem Sustainable Development Report zufolge bestehen damit hinsichtlich der Erzielung von Sustainable Development Goal (SDG) 1 („no poverty“) erhebliche Herausforderungen. Zwar sind moderate Verbesserungen zu verzeichnen, diese sind jedoch nicht ausreichend, um SDG 1 zu erreichen. Ähnlich steht es um SDG 3 („good health and well-being“), wo Äthiopien bspw. schlecht auf den Indikatoren der Mütter- und Säuglingssterblichkeit abschneidet. Noch schlechter sieht es hinsichtlich SDG 2 („zero hunger“) und SDG 6 („clean water and sanitation“) aus: Auch hier sieht sich Äthiopien mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert; der jeweilige Score für beide Ziele stagniert allerdings zusätzlich. Ein rasantes Bevölkerungswachstum von jährlich mehr als 2,5 Prozent, wiederkehrende Dürreperioden, die zunehmende Bodenerosion sowie ein ausgeprägter Ressourcenmangel stellen ständige Belastungsfaktoren für die äthiopische Wirtschaft und Gesellschaft dar. Auf dem Gini-Index, der die Einkommensungleichheit in einem Land misst, erzielte Äthiopien 2021 einen Gini-Koeffizienten von 31,1 – zuvor lag er (2015) noch bei 35. Ein solcher Wert gilt als nicht sehr bedenklich. Dennoch bestehen noch große Hürden im Bereich der Reduzierung von Ungleichheiten im Allgemeinen (SDG 10).

Die Bildungsausgaben lagen in Äthiopien in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei rund 4,7 Prozent am BIP. Dabei erreichten sie im letzten Jahrzehnt ihren Höhepunkt 2017 mit 5,5 Prozent am BIP. Seither sind sie konstant gesunken und betrugen im Jahr 2022 nur noch 3,7 Prozent am BIP. Dies ist insofern besonders kritisch, da Äthiopien auch hinsichtlich SDG

4 („quality education“) erhebliche Defizite aufweist. Der Score für die Einschulungsrate im Primarbereich verschlechtert sich gegenwärtig sogar. Parallel dazu ist auch ein Abwärtstrend beim Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP zu erkennen. Diese betragen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 3,4 Prozent am BIP. Lagen sie 2013 noch bei 4,1 Prozent, waren es 2022 nur noch 2,9 Prozent. Für sein Militär gab Äthiopien in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 0,9 Prozent am BIP aus, was verhältnismäßig wenig ist. Zuletzt (2024) lagen sie mit 0,7 % demnach unter dem Durchschnitt der vergangenen Dekade. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI), welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, belegt Äthiopien 2024 Platz 107, was einer schwachen Militarisierung entspricht.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

